

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozessenspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Zorn und Lied des Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringericht monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntel. Nr. 275, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn III. 6.— Erreichen liegt mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Brüderstraße 21. Telefon 1769.
Zeitungsausgabe von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterlate werden die 6 geplante Beispiele mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssanzeige 20 Pf. Unterlate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 13.

Dresden, Montag den 18. Januar 1909.

20. Jahrg.

Um gleiche Recht für jedermann! Die Bluttaufe des neuen Wahlunrechts.

Der Sonntag des 17. Januar ist in die denkwürdigen Tage des sächsischen Wahlrechtskampfes eingezzeichnet. Es war der Tag eines neuen, ersten und großen Protestes gegen den Wahlrechtsvertrag der Reaktionäre. Es war der Tag einer begeisterten Massentumgebung für das gleiche Wahlrecht. Es war aber auch der Tag, an dem das Schandwerk der sächsischen Wahlrechtsfeinde durch die Polizeigewalt mit das Blut besonderem Saft getauft ward...

Das Dreiklassenwahlrecht vom 1896 ist im Verenden. Nach 12 jährigem erbittertem Klingen hat die sächsische Arbeiterschaft dieses Schmachgesetz niedergeworfen. Vor 12 Jahren ward es von den Reichs- und Wehramt und Schill als rettende Tat gepriesen. Jetzt ist es von allen preisgegeben und es wird in die Rumpfammer der Geschichte geworfen. Über an seiner Stelle ersann die Priviliegierterklassen Sachsen eine neue Waffe. Sie mußten das indirekte Dreiklassenwahlrecht, das das Wahlrecht von 80 Prozent der Wähler illustriert machen, aufzugeben, aber sie wollen in neuer trügerischer Form dieselben Vorrechte sich bewahren.

Nach endlosem Streit der Sonderinteressen, nach wilden Gesellschaftern um jedes Mandat, nach einem konsolidierten Wahlrechts-qual haben die sächsischen Gewerkschaften, Regierung, Konservative und Nationalliberalen handelsmäßig darüber, welches neue Wahlrecht dem sächsischen Volke bestellt werden soll. Die Angst vor dem vollen Blasphemie hat sie getrieben, nun doch etwas fertig zu bringen.

Eine Pluralitätssystem

soll geschaffen werden, daß die Staatsbürger nicht mehr in drei, sondern in vier Klassen teilt, daß nach dem Maße des Geldbesitzes das politische Grundrecht bemüht, daß die oberen Handelsteusend zu Stadtbürgern und die übrige Wählerschaft zu Dreiviertels-, Halb- und Einviertelsbürgern herabwürdig. Für Beamte, selbständige Gewerbetreibende und am meisten für Hand- und Grundbesitzer sollen noch besondere Vergünstigungen gegenüber den anderen Wählern gegeben werden. Die Ein- und Zweistimmigen, die Massen des Wählers, sollen stets durch die privilegierten Dreiviertels- und Vierstimmigen überstimmt werden können. Die Ein- und Zweistimmigen sollend sind gleichzeitig dem erdrückenden Übergewicht der Gewerkschaften überantwortet. Das ist die Wahlreform, die man dem Volke bietet! Es ist keinerlei Reform; es ist die alte Kettel-Reaktion, die sich in das neue Modellfeld der Stimmen-Pluralität hält!

Die Nationalliberalen, die vor Weihnachten in der zweiten Kammer gegen die konservativen Vorschläge (Ein- und Vierstimmenväbler) mit wilder Gewalt anstürmten, weil auch kleinere Gewerbetreibende mit den Reichen auf eine Rechtsstufe gestellt werden sollten, sie preisen jetzt das neue System der Vierstimmens-Pluralität, und in frecher Verhöhnung der sich dahinstreckenden Arbeiterschaft haben sie noch die Altersgenossenschaften hinzugetragen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben. Der nationalliberale Landgerichtsdirektor Hettner, der schnell zu trauriger Berühmtheit emporgediegt, hat erklärt, auch die Arbeiter könnten bestredigt sein, wenn sie würden einen größeren politischen Einfluss erlangen; es ist auch gesagt worden, die Sozialdemokratie könne es unter dem neuen System auf 10 Mandate unter 91 bringen. Wir glauben nicht, daß diese Aussage sich verwirklichen kann. Sie ist jetzt nur dazu bestimmt, dem neuen Schmachgesetz einen besseren Schein anzuschaffen. Aber auch wenn sie sich verwirklichen sollte: die Arbeiterschaft rege nicht nach einzigen Brocken, die ihr zugesprochen werden, sie fordert das Volkes Recht, das Grundrecht jedes modernen Kulturstates, das gleiche Wahlrecht für jedermann!

Die Dresdner Arbeiterschaft

hat gekämpft, gegen das neue Wahlrecht nochmals mit großer Entschiedenheit und Leidenschaftlichkeit: Widerspruch erhoben. Die Verhandlungen

wurden, alle im Innern der Altstadt, waren überfüllt und wurden polizeilich abgesperrt. Auch aus der Neustadt und aus den Industrieorten des sächsischen Kreises waren zahlreiche Besucher herzugekehrt. Die Dresdner gehörten in kommenden Worten die volksfeindliche Politik der Hohenstaufen'schen Regierung und der kapitalistischen Parteien. Überall wogte eine kompakte Stimmung in den Massen. In jedem Arbeiterherzen glühte das Empfinden verlebter Menschenwürde und das Gelöbnis, denen, die das Volk entrichten, Trutz zu bieten aus aller Kraft.

Die Massen der Versammlungsbewohner strömten dann hinaus auf die Straßen der inneren Altstadt. Die sonniglich hellen Straßen waren alaball voll Bewegung. Durch die Wettinerstraße, über den Postplatz, durch die Wildstrasser Straße ging es in breiten stattlichen Menschenwogen... Über zur Hölle: dicke Polizeiketten, zahllos blühende Helme, berittene Gendarmerie in Menge. Die Ostallee, das Gebiet des Zwingers, der Schloßbezirk wie eine belagerte Festung umgürtet und verteidigt. Wen galt es da zu verteidigen und abzusperren? Es hat sich gezeigt, daß der Staatssekretär des Reichscolonialamts

Dernburg

zur gleichen Stunde im Gewerbehauskino vor den Honoratioren der Stadt einen Kolonialvortrag erhielt. Der König war dazu gemeldet. Zu diesem Zweck das massenhafte Aufgebot der Polizei. Wohl gemäß dem Worte: Nicht Ross noch Reitige schützen die steile Höhe. Niehe des Volks allein...

Welch Gegenjahr! Dort der Plauderer der Kolonialwunder, der von Diamanten berichtet, die vielleicht einmal in ferner Zone zu finden seien. Hier das arbeitende Volk im eigenen Land den besten Edelstein fordern, den Edelstein des Rechts und der Gerechtigkeit!

Das Blutvergessen.

An den Polizeiketten vorbei gelangten die Massen des Volkes auf den Altmarkt. Der weite Platz war dicht besetzt, die Nebenstraßen nicht minder und zahllose Male erbrauste stimmungswalig der Hochruf auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht...

Da sah sich eine zahlreiche Menge in die Schloßstraße gebrängt. Sie stieß auf eine Polizei, die das Schloß zu "sichern" hatte. Die Menge stand still und staute sich. Die Polizei mußte erkennen, daß es unmöglich war, ohne weiteres rückwärts zu gelangen. Über ein junger Leutnant, der dort die Truppe befehligte, verlor die Besinnung, ließ blank ziehen. Eine mehrfache Menge. Nicht die mindeste Gefahr. Und doch ließ der Befehlshaber plötzlich seine Mannschaften mit gezückten Säbeln vorgehen, auf die wehrlose Menge einzuhalten. Ein durchartiger tumult. Die Säbel hämmerten auf Köpfen und Schultern. Blutüberströmt stürzten die Menschen zusammen...

Dann ruhte die Polizei vom blutigen Werk. Die Arbeiter trugen die Verwundeten vom Schlachtfeld des Wahlrechts. Samariter legten die ersten Verbände an...

Noch längere Zeit wogen die Massen durch die Straßen. Überall wurde mit Grimm in den Mienen das blutige Geschäft in der Schloßstraße besprochen. Und wiederum erzählten marxistisch und jetzt die wuchtigen Rufe: Heraus das allgemeine, gleiche Wahlrecht!

Der Empfang des Königs.

Und Dernburg hatte gesprochen. Die Honoratioren lehrten zurück, den harrenden Gatten afikanische Diamanten heimzubringen. Die Hoffnung nahm dem Postplatz. Der König kam... Einen Augenblick Totenstille in der angesammelten durch Schuhmannsketten getrennten Masse. Und dann brausend und immer gewaltiger angeschwellend der Ruf des Volkes: Heraus mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht! Der König Sachsen hat den Ruf vernommen... Der König Sachsen lehnte in sein Schloß zurück, besiegte Pforten vom Blut des Volkes trüpfelten...

Ein Wahlrechtssonntag! Ein Kundgebungstag des werktätigen Volkes!

Mit Vollblut getaucht tritt das neue Wahlgesetz ins Dasein und niemals wird diese Bluttaufe von ihm gewaschen werden!

Schmach den Missertätern der Reaktionären, die das Volk entrichten und die Blutschuld tragen!

Ehre den Opfern des Wahlrechtskampfes!

Die Versammlungen.

In Weinholds Sälen wurden die Lokalitäten schon 1/2 Uhr politisch geplündert. Schwere Räume waren bis auf den letzten Winkel besetzt, auch die Bühne war zum Teil mit in Anspruch genommen. Viel mehr Leute als in den Saalräumen untergebracht werden konnten, mußten draußen bleiben; bald war auch die große Pariser Restauration überfüllt, große Scharen aber flütteten die König-Johann-Straße herein, um noch einer der anderen Versammlungen zu gehen. Der Referent, Geheime Staatsräte, gehörte unter förmlicher Zustimmung den neuen Wahlrechtsvertrag und das Verhalten der bürgerlichen Parteien, besonders das der Nationalliberalen. Er belehrte ferner die allgemeine politische Situation unter Berücksichtigung der Wahlrechtsfrage und Parallelen mit dem revolutionären Bürgertum vor 60 Jahren. Sein Appell zu weiterer intensiver Wahlkampf und "Dauerkampf" fand begeisterten Widerhall. Mit einem Hoch auf das freie Wahlrecht schloß die impulsive Versammlung; unter dem Gesang des Sozialistengesangs verließ sich der Saal.

Die Versammlung im Goldhause verließ ohne jeden Zwischenfall, obgleich sich im Goldhaus gegen 20 Schuhleute eingeschlossen hatten und der Vorstand laut wurde, daß es im Saale selbst von Spiegen wimmelte. Der Saal war lange vor Beginn der Versammlung politisch gesperrt.

In kurzen Umrissen zeichnete Genosse Düwell den Ernst der Situation. Sein Referat wurde oft durch lebhafte Zeichen des Zustimmung und auch der zornigen Entfernung unterbrochen und klung aus in der Aufforderung, die Massen des Einbrechens zum Kampfesbereit gegen das schändliche neue Wahlrecht zu machen. Die eindrucksvolle Versammlung wurde mit einem brausenden, begeisterten Hoch auf das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht geschlossen.

Im Kristallpalast waren die neuen Räume lange vor Anfang der Versammlung gefüllt und immer neue Schüre zogen heran, so daß weit über 2000 Menschen anwesend waren. Die Einberufer übernahmen das Bureau. Genosse Klemm legte den Verhandlungen, oft unterbrochen von lauter Zustimmung und Rufen der Erfüllung, die ganze Ungehorsamschaft des neuen Wahlrechtsvorhabens dar und wies auf die unbedeutenden Folgen weiteren Wahlunrechts hin. Eine ungeheure Bevölkerung und eine weitere Verstärkung der Klassegegnisse werden die unablässliche Folge sein. Man werde sich aber darüber, wenn man glaube, nun Ruhe zu bekommen, das Wahlrechtskampf werde so lange geführt werden, die herrschende Gewalt werde keine Ruhe bekommen, bis daß freie Wahlrecht errungen sei. (Schwieder langerhalber Beifall). Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Wahlrecht schloß Genosse Richter die eindrucksvolle Versammlung. Unter dem Gesang der Marienlaute leerte sich der Saal. Draußen hatten viele Hunderte das Schluß der Versammlung.

Auch der Saal der Centralhalle war vor Beginn der Versammlung überfüllt und wurde durch die Polizei abgesperrt. Genosse Thoms leitete die Versammlung und Genosse Grabnauer hielt das Referat. Er kritiserte kurz das neue Wahlrecht und die Scheingründe, welche die Ureher deshalb für ihr schändliches Werk anführen. Er zeigte die Geschäftigkeit des neuen Wahlrechts besonders gegen die Arbeiterschaft, die unter ein neues Misshandlungsrecht gestellt werde. Er stellte u. a. die Unfrage an die Gewaltseite, wie sie es denn mit ihrem christlichen Standpunkt vereinen wolle, daß sie 4 Wahlstimmen bekommen solle, während der arme Jesus Christ nur eine Stimme bekommen würde. Er fragte auch, wo denn die nationalliberalen Reichstagsabgeordneten stehlen, die Stresemann und Heine: was hätten sie nicht in ihnen, da ihre Partei das Volk schändlich entrichte. Die Versammlung war erfüllt von großer Begeisterung und teilweise Kampfesstimmung. Am Schlusse schallte der Gesang des Sozialistengesangs.

Vorbericht von Augenzeugen.

Massen auf Massen strömten aus dem Portal des Kristall-Palastes auf der Schillerstraße. In gigantischer Menge wogte es dem Weinertor zu, unter dem Massengänge der Marktsäle. Wie trat die Empörung über die Wahlrechtsvertrag jeden besiegt, spiegelte sich deutlich in den Gesichtern der Einbrecher wieder, die jetzt in Tausenden der inneren Stadt zwischen. Wie befriedend dominierte die alten Kampflieder des Proletariats auf den Massen empor und wie Schrei des Großbrachen sich die Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht an den Händereihen. Schreie dröhnen sich mit ersticktem Gesichtern einige Spießer vorüber. Ernst und würdig bewegten sich die Massen fort. Ein der Auguststraße zeigte sich ein harter Gendarmerieaufgebot, um den Durchgang nach der Oberallee zu verhindern. Wie Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht ließen die Massen nach kurzen Sünden ihren Weg fort und ergossen sich in der Weinertorstraße. Alle Strafzettel nach der Oberallee waren durch dicke Schuhmannsketten gelöscht.

Brüder Webers Hotel und Stadtwaldschlösschen standen drei bis vier Stockwerke hohen, sowie ein reichliches Dutzend berlinoer Schuhläden, um den Zugang zum Schloßplatz zu verlegen. Die Demonstranten bogen in die Wilsdruffer Straße ein. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich auf dem Almmarkt angestaut und stand ein Stück in die Schloßstraße herein bis an die große Brüderstraße. Der Zugang zum Schloß und zum Georgenstor wurde durch ein starkes Schuhmannsamtgebiet verriegelt. Diese strömte stand die Menge, und die Menschenkette brachte nach dem Schloß hinüber unterbrochen von lautstimmigen Hoch auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht.

Plötzlich entstand eine irreducibile Panik. Die Massen lachten einen Rausch nach dem Almmarkt. Hinter ihnen stiegen auf die Reihen die Schuhleute mit dem Schlagstock ein. Die Säbel sausten auf Köpfe und Schultern der Wehrlosen. Hier und da hantete die Getroffenen mit einem Wehrstab, umzukommen, aber wieder und wieder tauschte die Klinge auf die Unglückslichen nieder und schlug Wunde auf Wunde. Der Verstand will hilflos vor der entsetzlichen Szene! Ein Samariter nimmt sich eines Schwerverwundeten an und wird das Blut stillen. Von einem Schuhmannsäbel kann getötet sein, aber die Hand, die sich blutschick nach dem Unglückslichen ausstreckte, blutet herab! Menschen wandten in die Wilsdruffer Straße, unterhützt von Arbeitern-Samaritern und jenen, die der Polizeiäbel verschont hatte. Unklaffen blieben auf der Straße zurück — Menschenblut vom Polizeiäbel vergossen!

Ein Augenzeuge, der vom Goldhauses kam, berichtet uns:

Zwischen leerte sich der Saal. Die Massen derten, die feinen Gürtel gefunden hatten, schlossen sich an. Man bewegte sich zur Straße. Laut und lauter brausen Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht durch den trüben Wintertag, begeistert sangen die prachtvollen Kampfticker des Proletariats, nach deren Abschluß sich der Massentritt der Schreitenden regte.

In der Ostralle die ersten Schuhmannsketten. Während man unterhielte, auf daß schreiende Unrecht hinwies, den Arbeitern die Straßen zu sperren, während sie zum Tiamanierenverboten Dernburg Elenden umgehend und umgesetzt in das Gewerbehaus wanderten, lauchten vom Zwinger her teilende Schuhleute auf. Der Zug wandte sich dann durch die Oberbergstraße nach dem Postplatz, ohne daß den dort polierten Schuhleuten Beachtung geschenkt wurde oder auch nur ein provoziertes Wort gefallen wäre. Nur mächtig hoch und freudig sangen die Hohenre auf das Wahlrecht, geschlossen die Kompanien. Ohne Störung gelangte der Zug bis zum Almmarkt, zu dem eine Menschenmauer den Zugang verwehrte und so wurden die Massen in die Schloßstraße gedrängt. Nähe an die Schuhmannsketten.

Wieder Hochrufe und Gelang. Auf einmal ein Augenblick schwerner Stille. Ein Säbel blitzt auf, fuchtelt in der Luft und sofort beginnen Säbel und Gummiknüppel ihre gewaltsame Arbeit in den Reihen, die der Schuhmannskette am nächsten. Ein Schrei des Entsetzens und der Wut geht durch die Luft, verzerrt vom Jammer, geziert der in forschbarer Enge eingetauschten. Das entsetzliche Spiel des Dreieckwagens dauert fort. Fast taumelnd stolzen die Pferden auf und nieder. Blutende Menschen flüchten. Zurückdrängende stürzen oder werden niedergeschlagen. Hände und zerstochene Schirme auf dem Platz der Schloßstraße.

Alles drängt rückwärts. Einige suchen rettende Zuflucht in der Haustür der Löwenapotheke. Nach dort dringt ein Polizist mit blauer Klinge ein und treibt die Wehrlosen und Blütenden mit wütendem Dröhnen fort. Ein Wunder nur, daß auch nicht dort nach Order hielten.

Es waren entsetzliche Augenblicke, die man während des Vorzehnhs der Polizei in der Schloßstraße durchlebte. Namenloser Zorn und Grimm der wehrlosen Schuhmannschaften. Romantischer Zorn und Grimm, als man die blutenden Menschen mit blutstrotzenden Köpfen und blutüberströmten Händen sah....

Nur dem Eingang einer Reihe von Parteigenossen, die die empörte Menge zum Auseinandergehen veranlaßten, ist es zu verdanken, daß solche häbliche Aktionen in der blutbefleckten Schloßstraße nicht wiederholten.

Noch ein Bericht:

Während der Zeit unserer Versammlungen standen die überwiegenden der Landeshauptstadt in Trostlosen. Equipagen und im Automobil nach dem Gewerbehaus an der Ostrasse, wo der Kolonialsekretär Dernburg einen Vortrag halten sollte. Da die noch Tausenden zahlenden entrichteten Wählermessen, die keinen Nutzen in die vorausgefundenen hatten, die Hauptstraßen auf und abwogen, laufen die Gedächtnisse und Privilegierten in enger Beziehung, oft sonnten die eleganten Wagen der Kolonial-Gesellschaften nur mit Vorsicht und Mühe durch die Demonstranten gesteuert werden. Als gegen 1 Uhr vom Königschloß her die so geronnenen höchsten Herrschaften nach dem Gewerbehaus fuhren, mischten sich die Hochs des allerdings nur schwach vertreuteten Publikums mit den Protestrufen der Wahlrechtsdemonstranten.

Hast zu derselben Zeit, wo die Hossequipagen am Postplatz anhielten, kamen im dichten Juge die Teilnehmer aus drei Versammlungen die Martinistraße und Annenstraße her dor an. Die Wagen läuft den Platz und marschierten umgehend durch die Wilsdruffer Straße zum Almmarkt zu, wo sich die Teilnehmer des zweiten Zusammensetzung, die von der anderen Seite gekommen waren, vereinigt zusammenstellten. Der weiße Platz war bald gefüllt von den marschierenden Massen. Wie Donnergrößen sangen die Töne des Sozialdemokratischen und des Arbeiterschaftsvereins aus Tausenden von Arbeiterscharen. Da brausenden Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht kam der Zorn der Entsetzten zum Ausdruck.

Ein Teil der Demonstranten wußte sich nach der Schloßstraße, die etwa in der Mitte des Teils zwischen Schloß (Georgen-) und Almmarkt von einer doppelten Schuhmannskette abgegrenzt war. Von hinten drängten die Massen nach, so daß etwa tausend Männer und Frauen wie festgeleistet in der Schloßstraße standen. Die Menge verhielt sich im allgemeinen ruhig, nur einige Hochs auf das Wahlrecht und einige Protestrufe gegen die neue Wahlrechtsordnung waren laut. Als nach etwa zehn Minuten, in welcher Zeit die teilnehmenden Demonstranten durchaus Frieden gehabt hatten, ein in den vorderen Reihen stehender Mann ein Säbel auf das Wahlrecht umstieß, in das jedoch eingehämmert wurde, kommandierte ein junger Polizeileutnant, der die Troppe beflogte, zum Blankziehen. Um so schlimmer verhielten sich einige andere, die sofort mit scharfen Eisen losgingen und, obwohl die Menge auseinanderfuhrte, also die Polizeiabsicht eigentlich erfüllt war, weiter auf die Zurückdrängenden einstießen.

Waffen und hieben aufs schärfste drein. Ein allgemeiner Wahnsinn entstand, bald wurden Schmerzenkrüsse laut. Die Waffen in den vorderen Reihen konnten nicht zurück, weil die weiter zurückstehenden Massen nachdrängten. Ein furchterliches Durcheinander entstand. In einem Knäuel drängender, stürzender Menschen hieben die Polizisten ein. Schließlich stieß die Menge nach dem Almmarkt zu und die Wilsdruffer Straße entlang, einige Gendarmen um sich schlagend duckten her. Säbel in Faustluren hinein wurden die Flüchtenden verfolgt. Ab und zu, teilweise von Arbeitersanitätern, die zahlreich am Platz waren, über und über blutende Männer aus den durcheinanderwogenden Massen herausgeführt. In den nächsten Faustluren wurden sie notdürftig verbunden. Zwei, drei und vier Verletzte lagen in verschiedenen Faustluren. Die Sanitäter hatten alle Hände voll zu tun und immer wurden noch andere durch Säbelhiebe zum Teil schwerverletzte Personen gebracht. Einige Gendarmen drangen aber auch in die Faustlure ein, bedrängten auch die Arbeitersanitäter. Eine von diesen wurde durch einen Säbelhieb an der Hand verletzt. Die schwerverletzten hatten alle Säbelhiebe auf den Kopf, zumeist waren auch die Hände gebrochen. Die Gendarmen hatten also rücksichtslos auf die Köpfe einer wehrhaften, fließenden Menge hineingehauen. Einigen Faustluren, wo Verwundete verbunden wurden, läuft nun das Blut, auf der Schloßstraße und Wilsdruffer Straße ist man noch mehrere Blutlachen. Die Zahl der Verletzten läßt sich nicht feststellen, da sie nach verschiedenen Seiten hin abgeführt wurden. Schwere Kopfunden 10 bis 15 Personen erhalten haben, gebrochene Hände und Schirme, sowie Hüte lagen auf dem Platz.

Die Empörung der Menge ließ aufs äußerste. „Blutbunde“ rief man aus hundert Reihen den Polizisten zu. Von neuem drohte die erzürnte Menge vor. Bekannte Genossen taten, je möglichst, Schlimmeres zu verhindern und die Menge zum Verlassen der Schloßstraße zu bewegen. Das gelang schließlich auch zum Teil. — Von Geheimpolizisten, die sich unter die Menge mischten und sich in Faustluren versteckten, wurden zahlreiche Verbefahrungen vorgenommen, meist nicht fallen der Gunnich auch eine Rolle spielt. Leute, die ein Hoch auf das Wahlrecht ausbrachten, wurden mehrfach von einigen auf sie zulaufenden Geheimpolizisten ergripen und vielfach auch geschlagen. — Drei Stunden lang war jeder Verletzte auf der Kreuzung Schloßstraße-Almmarkt unzüglich. Die Straßenbahnwagen bildeten bald eine lange Kette.

Die demonstrierenden Massen, deren Zahl 12000 bis 15000 betragen haben mag, wandten sich gegen 1 Uhr in dichtem Juge die Seestraße entlang nach dem Ministeriat Hohenholz. Unter Hochrufen auf das Wahlrecht wurde vorbei und nach dem Postplatz marschiert. Hier machten die Verletzten noch einige Räumungsversuche ohne Erfolg. Nach und nach zerstreute sich die Menge. Die sindruhige Demonstration war gegen 2 Uhr zu Ende.

Szenen vom Wahlrechts-Hornfag

Der Empfang des Königs.

Um Postplatz hatte sich eine größere Menschenmenge angehäuft. Stundenlang wogen hier größere Menschenmassen. Der Garten des Gambrinus-Restaurants war nicht besetzt.

Als die Blutüberläuferin, in Verbänden gehüllte Verwundete der Schloßstraße gegen 1 Uhr über den Postplatz geführt und getragen wurden, sammelten sich mächtige Scharen und laute Rufe der Empörung entzünden.

Im Gegenzug zu dem Verhalten der Schuhleute auf der Schloßstraße benahm sich die Gendarmerie, die den Postplatz von den Zwingeranlagen abspernte, einigermaßen zurückhaltend. Daher kam es hier auch nicht zu größeren Konflikten.

Nebenraus eigenartig waren die Vorgänge bei dem Passieren der Hoswagen, die vom Gewerbehaus kommt, an der Außenseite des Postplatzes entlang fuhren. Es erschallten laute Hohner auf das Wahlrecht. Als es den Anschein hatte, als ob es Hochrufe auf den König seien und da auch der König für eine Union daute, so wurde die Menge deutlicher und es erhob sich ein allgemeines, lautes, weithin schallendes Peifen. Auch die folgenden Hossequipagen wurden mit denselben Missallen bezeugungen empfangen.

Aufsprache und Verhaftung

des Stadtverordneten Kühn.

Als die Massen auf dem Almmarkt verlaufen waren, bestieg unter Parteigenossen Kühn, von Moment ergänzt, eine Drosche und hielt eine kurze Ansprache. Er sagte:

Parteigenossen! Wir wollen auch heute wieder ruhig auseinandergehen mit dem festen Vorhaben, nicht zu ruhen und zu rasten, bis daß allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht errungen ist.

Öffentlich kündigte Kühn an, die verlassenen Scharen zu beruhigen und zum Auseinandergehen zu veranlassen, glaubten die Polizeibeamten, keine Verhaftung vornehmen zu müssen. Kühn erklärte sich sofort bereit, sich zu legitimieren. Gleichwohl wurde er von Beamten an je einem Arm gepackt und fortgeführt. Er erhob gegen die Art der Behandlung sofortiges Protest. Auf der Welle wurde gedachte der von der Polizeidirektion verhüllte Koffer ih in Hain zu behalten. Nur Kühn's Erklärung, daß er dann wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung vorgehen würde, wurde schließlich keine Freilassung verleiht. Nach der Darstellung einiger Beamten soll Kühn nach seinem Festnahmehaus beleidigende Worte gegen die Beamten gesagt haben. Genosse Kühn erklärte und jedoch, daß dies nicht der Fall war. jedenfalls liegt also ein aus der Erregung entstandener Irrtum des Beamten vor.

Unrichtig ist die Meldung eines bürgerlichen Blattes, daß auch Genosse Stadtverordneter Kühn verhaftet worden sei.

Samariter und Kinder verwundet.

Von vielen Seiten wird uns berichtet, daß die Mehrzahl der Schuhleute in der Schloßstraße wenigstens insofern lädiert wurde, daß sie nicht mit schweren Klingen vorgingen. Um so schlimmer verhielten sich einige andere, die sofort mit scharfen Eisen losgingen und, obwohl es weiter auf die Zurückdrängenden einstießen.

Ein Augenzeuge lobt, wie einem Mann ein Stück Kopfhaut durchstöckig heruntergerissen wurde und mit einem Blattlaken auf den Boden fiel. Zwei Herren, mit Zylinderhut bedeckt, die einen Verwundeten bringen lassen, geben ihrer Entrüstung über das Vergehen der Polizei in lauten Wörtern Ausdruck. Auch ein etwa zehnjähriger Junge, der uns Neugierde in das Getriebe geraten sein mag, mußte blutend weggeschafft werden; das Kind hatte Säbelhiebe erhalten. Ein Gast des Café Central beobachtete von der Fensterseite der Schloßstraße aus, wie die Polizei ohne weitere Verhöhung, versucht sich auf die Masse stürzte, mit der Klinge über die Kopf schlug und niemals noch fortfuhr, als die angekommene Menge der Polizei Seite längs der Rücken gedreht hatte und nach dem Almmarkt zu drängte. Nahezu ein Polizist mit rotem Bart bearbeitete mit seiner Waffe die Flüchtenden. Er schlug noch auf einen zu Boden gestürzten Mann mehrere Male ein.

An der Ecke Brüderstraße wurden einem Samariter von einem Polizeisabé Danne und Beigesinger der rechten Hand schwer verletzt, als der Samariter einem unter mehreren Schuhmannshieben zusammenstürzenden Mann zu Hilfe sprang. Nach Meinung des Arztes, der die geschlagene Samariterhand behandelt, werden ein, wenn nicht zwei Finger steif bleiben, da Fleisch verloren sind; der erste ist leicht geschädigt. Samariter wird die vorgeschriebene Behörde verantwortlich und Schadensersatzansprüche geltend machen.

Die Horn-Affäre.

Sturz nach der Gendarmerie-Affäre sah man auch Gitterpolizisten der politischen Abteilung ihres Amtes in dem Menschenhaufen auf der Schloßstraße walten. Die Herren, unter Führung des Polizeiinspektors Horst, waren in die nach dem Almmarkt zufließende Menge geraten, und sollen, wie bestimmt beschworen wird, von dem Gunnich schwächer Gesetz gemacht haben. Ein geradezu unbegreifliches Vorgehen in dieser tiefer Empörung und Erregung schwangeren Situation. Einer unter den Betroffenen war der Arzt Dr. Klein, der die Wunde am Kopf einer schweren Verwundeten verband. Wer weiß, was sonst passiert wäre.

Die Opfer des Wahlrechts.

Sowohl wir bisher in der Voge waren, uns über die Vorfälle der Sonntagsvorgänge einen Überblick zu verschaffen, ist festzu stellen, daß 13 Verwundete in Betracht kommen. Von diesen sind vier oder fünf schwer verwundete neben etwas leichten. Außerdem sind zahlreiche Personen von kleinen Verletzungen betroffen worden. Bei einem Verwundeten ist außer einer schweren Kopfwunde am Kopf eine Stichwunde im Rücken zu verzeichnen.

Es wird uns mitgeteilt, daß bei dem Arzt Dr. Honneder, der sich um die zu ihm gebrachten Verwundeten bemühte, abgab auch ein Beauftragter der politischen Polizei erschien, um Zeugnisse zu machen!

Ehre allen Opfern des reaktionären Wahlrechts!

Deutsches Reich.

Von Rechts wegen...

Die Wahlprüfungscommission des preußischen Dreiklassenhauses, in der die Sozialdemokratie nicht vertreten ist, hat, wie bereits kurz mitgeteilt, beschlossen, Beweis darüber zu erheben, ob im V., VI., VII. und XII. Berliner Landtagswahlkreise vom Berliner Magistrat die Wählerlisten dergestalt aufgestellt worden sind, daß für die Wähler mit einem Einkommen bis zu 3000 M. die für das Jahr 1908 zu entrichtenden Steuern zugrunde gelegt wurden, für die zur Selbstbehauptung verpflichteten Wähler, als die Wähler mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. die Steuern für das Jahr 1907. Sollte diese Tatsche ermittelt werden, so sollen die vier Mandate nach einem wichtiger Anzahl der Wahlprüfungscommission ungültig sein.

Dazu ist folgendes festzuhalten: Die Aufstellung der Wählerlisten ist nicht nur in Berlin V., VI., VII. und XII., sondern auch in den anderen acht Berliner Kreisen in der angegebenen Art und Weise vorgenommen worden. Warum sollen von diesen großen Wahlen nur vier klassifiziert werden? Weil in zwei Kreisen keine Aussicht besteht, die sozialdemokratischen Abgeordneten hinzuzuwählen und weil sich die sechs anderen im Besitz von Freiflächen befinden.

Die Kreislinien planten anfangs, alle Berliner Wähler für ungültig erklären zu lassen, dagegen machten die Herren Löffel und Rosenow geltend, daß dann auch die sechs freien Kreise abzutun, nämlich sie selbst, nebst Gericht, Polizei, Müller-Sagen und dem alten Tröger, hinausfliegen würden.

Berner: Herr Fischbeck hat, wie der Vorwärts feststellt, einem Magistratsmitglied erklärt, er werde gegen die vier Wahlen protestieren, sobald die „Sicherungszeit“ abgelaufen sei, in der die Sozialdemokratie mit den freiwilligen Mandaten das gleiche tun könnten. Herr Abgeordneter Fischbeck, der jetzt gegen die Wahlen protestiert, weil die Aufstellung der Wählerlisten dem Gesetz nicht entsprechen soll, ist identisch mit dem Berliner Stadtrat Fischbeck, der diese angeblich ungültigen Wählerlisten aufgestellt und sich hierfür des Einverständnisses der Regierung versichert hatte.

Man sieht, Herr Fischbeck, der am Sonnabend am Müllers-Sagen-Stelle zum ersten Vorsitzenden des Centralausschusses der freien Wählerpartei gewählt wurde. — Werner wurde zweiter —, ist nicht unbegabt. Nur ist seine Begabung von einer Art, die mehr für Kriminalisten als für Politiker interessant.

Der Arbeitskammergesetzentwurf.

Der zweite Tag der ersten Sitzung des Arbeitskammergesetzes im Reichstag begann mit einer Rede des Reichsparteivors Hößel, bei dem eine gewisse angeborene Sanftmut des Charakters des Scharfmachers seiner Fraktion in ein harmloses Spiegherum über Arbeitergelegenheit verwandelt. Als Reichspartei mußte Hößel die vom wütigsten Klassefanatismus distanzierten Angriffe des Centralverbandes auf jede noch beschränkte den Arbeitern gewährte Berufswahlstellung vorbringen; als menschenfreundlicher Arzt aus dem kulturell vorschriftsreichen Groß-Berlin fügte er gute Wünsche für die Wohlsein der Arbeitskammer hinzu, bei denen Parole, Verstärkung der Aufgaben und bürokratische Benennung genuglos für die Bekämpfung sozialpolitischer Blügel sorgten.

Der christlichsoziale Arbeitervorsteher Behrens, derlebt,

der es fertig gebracht, für das Monstrum des Sprachen-

graphen zu stimmen, vor hochzufrieden vom paritätischen Charakter der vorgeschlagenen Kammer, wenn er auch wegen der Abschaffung der Gewerkschaftsbeamten von der Wahlbarkeit wüßt

oder über sich der Kritik unserer Fraktion anschließen müßte.

Als einziger bürgerlicher Redner verteidigte der Pole Gulerksi das Prinzip der reinen Arbeitersouveränität und saud schärfere Worte gegen Private- und Staatskapitalismus, während der Kreisjurist Pottkoff, sonst ein großer Sozialpolitiker vor dem Herrn, augenscheinlich die gewiß wichtige Frage der Technikerverteilung etwas überging. Der Zentrumsmann Giesberts hieß es für seine wichtigste Aufgabe, sich an der Sozialdemokratie zu richten, mußte sich aber trotzdem dazu begrenzen, einen großen Teil der kritischen Ausführungen des Genossen Legien zu unterstreichen.

Letzter Redner des Tages war der Genosse Severini. Er fertigte den Versuch Giesberts, Unzufrieden zwischen Partei und Gewerkschaften zu lösen, gebührend ab und legte dann treffend dar, daß durch die Verbesserungen auch bei Verbehaltnis des partizipativen Charakters eine gewiß nicht ungünstige, immerhin aber doch nützliche Institution geschaffen werden könnte. So ist es dringend nötig, die Arbeiterschaftsverträge und den militärischen Dienstvertrag einzugeben (es sei anerkannt, daß auch Gewerkschaften, wenn auch zähm, diese Forderung erhob), den Gewerkschaftsbeamten Zutritt zur Mitgliedschaft der Arbeitskammern ebenso zu eröffnen, wie er den landwirtschaftlichen Beamten und den Berufskammlern des Handwerks und des Handels zu den entsprechenden Kammern freistellt, die Aufgaben der Arbeitskammern zu erweitern und das verunsichernde Bureauauftrittsverbot zu befehligen. Dringend notwendig ist auch, wie Severini im Einstellung mit dem in diesem Punkte sehr anerkennenswerten Ausführungen Pottkoffs hervorhob, daß allzu hoch bemessene Alter für Wahlrecht und Wahlbarkeit herabzulegen. Unsere Fraktion wird im Sinne dieser Verbesserungen in der Kommission wirken, an die der Gesetzentwurf nunmehr verwiesen wurde.

Am Schlus der Sitzung machte der Präsident noch Mitteilung vom Ableben des Zentrumsgesetzgebers Ruegenberg, dessen Andenken in ähnlicher Weise geehrt wurde.

Um Montag steht der Zusatzgetat auf der Tagesordnung.

Gewerbeordnungsnovelle.

* Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle verhandelt am letzten Freitag zunächst über einen Antrag zu § 122, der folgendes besagt:

"Es vereinbart, daß das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungstricht aufgelöst werden kann, so gilt das Arbeitsverhältnis für den Fall einer Kündigung als am Ende bestehenden Arbeitsvertrag beendet, an welchem die Kündigung erfolgt."

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen, aber so gehakt, daß er keine genügende Rechtskraft enthält und durch Vereinbarung ausgeschlossen werden kann.

zu § 123 stellen unsere Parteigenossen den Antrag, daß bei dem Entlohnungsgrund unter Ziffer 8 die Fassung dahin geändert werden soll, daß nicht jemand entlassen werden kann, der zur Fortsetzung der Arbeit unfähig wird, sondern gefordert wird, daß eine dauernde Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit fortbesteht.

Genosse Stadthagen weiß daraufhin, daß seinerzeit schon bei Beratung der Novelle im Jahre 1891 die Rechtskommunisten die Abänderung, die jetzt von unseren Parteigenossen beantragt wird, angenommen hatten; leider wurde im Plenum dann das Wort "dauernd" wieder gestrichen.

Die Abg. Becker (Benz.) empfiehlt eine andere Fassung des Antrages und will an Stelle des Wortes "dauernd" sagen: "voraussichtlich für längere Zeit". Bei der Abstimmung wird unter Abstimmung unseres Antrages der Antrag Becker mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen.

zu § 124, Ab. 1 Ziffer 5, beantragen unsere Parteigenossen, daß der Arbeiter ohne Kündigung die Arbeit aufgeben kann, "wenn der Unternehmer den Vorschriften des § 120 a bis 120 f zuwidersetzt, aber wenn bei Beendigung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit des Arbeiters einer ernsthaften Gefahr ausgesetzt sein würde". Genosse Stadthagen hebt ferner hervor, daß dieser Antrag die bisherige Beleidigung in Ziffer 5 befehligen will, die befagt, daß der Arbeiter die Arbeit ohne Kündigung nur aufgeben kann, wenn bei Eingehen des Arbeitsvertrages die Gefahr nicht zu erkennen war. Besonders ungünstig gestaltet sich der Arbeitsvertrag nach der bisherigen Fassung des Paragraphen für jugendliche Personen und Arbeitersinnen, denen doch in vielen Fällen die Schädigung an Leben und Gesundheit vor Eingehen des Arbeitsvertrages nicht bekannt war, sondern erst nach Aufnahme der Arbeit zum Bewußtsein kommt. Jezner will den Antrag unserer Parteigenossen, daß, wenn ein Unternehmer gegen eine Bundesstaatsverordnung, die zum Schutz der Arbeitnehmer ergangen ist, zuwidersetzt oder andere Anforderungen, wie sie in den bezeichneten Paragraphen für den Arbeitsschutz gesetzt sind, nicht erfüllt werden, die sofortige Röfung des Arbeitsvertrages möglich ist. So ist für eine Arbeiterschaft vor Eingehen des Arbeitsvertrages nicht möglich zu erkennen, daß im Betriebe eine Gefahr für die Stütlichkeit vorhanden ist, für darf aber trotzdem die Arbeitszeit nicht verlassen.

Die Regierungsbefürter wenden sich gegen den Antrag, denn in der Regel werde die Gefahr des Betriebes vorher von den Arbeitern zu erkennen sein. Genosse Wollenburg findet es sonderbar, daß die Regierungsbefürter nicht einen Antrag zustimmen wollen, der der Annahme der Arbeitsschutzbestimmungen einen größeren Nachdruck verleiht will. Die Gefahr eines Betriebes wird in vielen Fällen von den Arbeitern nicht zu erkennen sein, oft wechselt auch die Arbeit im Betrieb und man erkennt nur den Arbeiter zur Ausführung einer Arbeitserledigung, die ihm schweren Schaden aufzufügen kann. — Die Abg. Becker und Abg. Benz (Benz) beantragen hierauf, daß im § 124 Ziffer 5 hinzugefügt wird, daß auch in dem Fall, wenn die Stütlichkeit nicht gefährdet wird, das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung gelöst werden kann. Auch soll die Schlusshemmung nach einem Antrag etwas gläserlich für die Arbeit gefestigt werden, in der Praxis würde sich wohl keine erhebliche Aenderung aus dem Schlusshausis gegen den bisherigen Rechtszustand folgern lassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag unserer Parteigenossen abgelehnt gegen die Stimmen unserer Parteigenossen, dagegen der Antrag Becker-Benz angenommen. Demnach erhält der § 124 Abz. 1 Ziffer 5 folgende Fassung:

"Vor Ablauf der vertragsgemäßigen Zeit und ohne Auskündigung können Gefahren die Arbeit verlassen:

5. wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben, die Gesundheit oder die Stütlichkeit der Arbeiter einer ernsthaften Gefahr ausgesetzt sein würde, welche sie bei Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen vermochten."

Ziffer 5 heißt es am Schlus:

"welche bei Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war."

Werner wird im Verfolg eines angenommenen Antrages zu §§ 123 und 124 Ziffer 1 gleichfalls bestimmt, daß die Gehilfen die Zeit zur Fortsetzung der Arbeit umfassen, wenn sie voraussichtlich für eine längere Zeit aufzuhören werden.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Regelung der Heimarbeiterverhältnisse.

Im Reichskomitee des Innern wird gegenwärtig, wie jetzt aus offizieller Quelle erneut bestätigt wird, eine Novelle zur Gewerbeordnung ausgearbeitet, die die Heimarbeiterverhältnisse der Heimarbeiter regeln und schon in nächster Zeit dem Bundesrat vorgelegt soll. Diese Novelle untersetzt die Heimarbeiter der Gewerbeinspektion und stellt es den Bundesländern anheim, Vorordnungen in landesärztlichen und bürgerlichen Beziehung zu erlassen. Den Unternehmen wird die Rechtspflicht bestätigt, bei ihnen beschäftigte Heimarbeiter aufzutragen, ebenso wird die Führung von Schönbüchern vorgeschrieben. Durch das neue Gesetz soll man eine Statistik über die Heimarbeiterverhältnisse der Heimarbeiter zu erhalten, die die Grundlage für weitere legalpolitische Maßnahmen zugunsten des Heimarbeiters bilden soll.

Ein Norddeutsches Allgemeines Dement.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt an der Spalte ihres letzten Wochenrückblicks:

"Die mehrfach von uns behandelte Kampagne, die in einem Teil der Zeitungswelt in den letzten Wochen gegen den Reichstag geführt worden ist, da ein ausländisches Blatt zu einer Umfrage bei deutschem Parlamentarien veranlaßt. Unter den mitgeteilten Neuerungen befindet sich auch eine Bemerkung, der folge sich einiges hohe Militärs daran beteiligt hätten, dem Kaiser Anerkennungen wegen eines Kanzlerversuchs zu machen. Dies hohe Militärs, so wird weiter gesagt, könnten es dem Fürsten Bölow nicht verzeihen, daß er nicht zu Beginn der Marokko-Krise Abrechnung mit Frankreich gehalten habe. Zur Begründung dieser Angaben wird jedoch nicht das mindeste beigebracht, offenbar, weil es tatsächlich unbegründet und beweislos sind. Wir können deshalb die erwähnten Neuerungen als einen hältlosen Versuch, Mitglieder des Armees der Teilnahme an einer politischen Intrige zu beschuldigen, nur lebhaft bedauern."

Man sollte im Regierungsbüro doch solche hältlosen Dementier-verluste unterlassen. Man macht sich damit nur lächerlich.

Ein blau-schwarzes Übereinkommen zur nächsten Reichstagswahl ist für die Wahlkreise, in denen die Sozialdemokratie erstmals in Betracht kommt, im Elsass bereit getroffen worden — bezeichnenderweise in der Vorabstzung, daß die Blockstellung im Norden bis dahin zu den überwundenen Dingen gehört. Nach einer Mitteilung, die von außerordentlicher Seite ausgeht, soll dem Zentrum von den Liberaldemokraten der geforderte Besitz der Mandate in Straßburg-Land und Colmar sowie, wenn sich die dortigen Liberalen darauf einlassen, in Gebweiler garantieren werden, wofür den Zentrumswählern in Straßburg-Stadt nahegelegt werden soll, den Freisinn-Demokraten zu unterlassen, und im Wahlkreis Mühlhausen soll das Zentrum von einer eigenen Kandidatur Abstand nehmen zugunsten einer gemeinsamen bürgerlichen Sammelkandidatur, als deren Träger der im Jahre 1907 bei der Stichwahl in den Wahlkreisen Colmar und Straßburg-Land durchgesetzte Colmarer Bürgermeister Blumenthal in Betracht kommt. Dem blau-schwarzen Bündnis gelang es im Sommer 1905 bei den ehernen Gemeinderatswahlen in Mühlhausen, Colmar und Straßburg, die Sozialdemokraten aus den Gemeinderäten hinauszuspielen.

Christliche Erziehung.

Vor dem Zehnster Landgericht haben sich der Hausvater und die Hausmutter der Mädchenreisungsanstalt "Blohm'sche Bildnis" bei Glücksburg in Schleswig-Holstein, Friedrich Colander und Frau Colander gen. Alder, wegen Körperlicher Misshandlungen der ihnen von der Laubbausichtsbüro übergebenen weiblichen Häftlinge zu verantworten. Auch hier ist die beschuldigte, die weiblichen Häftlinge der Freiheit verhaftet, die mit Weinen und Stören geahndigt und zur Tadelung der Misshandlungen genötigt zu haben. Der Angeklagte steht im 33. Lebensjahr und hat seit 1904 die Leitung der Anstalt übernommen. Bei der Verhandlung lamen geradezu erschreckende Dinge zur Sprache. Die Mädeln sollen beweisen vor dem Zug gehaftet worden sein, sollen Ecken gezogen haben und in entsehligster Weise mishandelt und drangsaliert worden sein. Die Angeklagten bestreiten die Wahrheit der Anschuldigungen.

Die als Zeuginnen benannten Mütter der Häftlinge sagen stimmig übereinstimmend aus, daß ihre Töchter ihnen erzählt hätten, es habe in der Anstalt furchtbar viel Prügel und fast nichts zu essen gegeben, auch seien sie häufig an Ketten gefestigt worden. Die von den Mädeln angegebenen Misshandlungen sind zum größten Teil widerwärtig, ekelregend und grauenhaft. Auch zahlreiche andere Zeugen befinden, daß ihnen ähnliche Vorgänge erzählt worden seien.

Am Sonnabend wurde das Urteil gesprochen. Das Gericht nahm zwei Fälle von vorläufiger Höherverurteilung und zwei Fälle von Abfügung an, und verurteilte den Angeklagten Colander zu neun Monaten Gefängnis. Frau Colander wurde freigesprochen.

Im Reichstagwahlkreis Hochem-Zell ist durch den Tod des Abgeordneten Dr. Rüggenberg eine Nachwahl erforderlich geworden. Zu 87 Abg. fehllos, befiehlt dieser Kreis zu den südwestlichen Sitzern des Zentrums, das seit 1911 hier im ersten Wahlgange Sieger wurde und bei der letzten Hauptwahl mit 17 168 Stimmen gegen 8018 konserватiv, 58 sozialdemokratische und 89 gerechtfertigte Mandat davontrug. Hochem-Zell gehört zu den ausgesprochen ländlichen Wahlkreisen; denn von seinen rund 97 000 Einwohnern wohnen rund 83 000 in Dörfern mit weniger als 2000 Einwohnern, der Rest in Ortschaften mit 2000 bis unter 10 000 Einwohnern.

Der neue Molise-Harden-Prozeß. Oberstaatsanwalt Preuß hat, wie das P. T. erfährt, das Studium der Akten des Molise-Harden-Prozesses dieser Tage beendet. Die neue Verhandlung darf voraussichtlich Ende Februar stattfinden. Da der Prozeß gegen Harden nicht ohne die Verneinung des zweiten Gutachters geführt werden kann, so wird vor dem Termin eine drastische Gerichtskommission den Fürsten — dem es jetzt schwindhaft gut gehen soll — in Steinfenberg untersuchen, ob er die Anstrengungen einer Masse nach Berlin vertragen kann; ansonsten soll der Fürst, wie verlautet, in missarisch in seinem Schlosse in Liebenberg verkommen werden.

Wegen Misshandlung von Untergebenen wurde der Sergeant Borhoff von der 3. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 150 in Mülheim an der Ruhr durch das Amtsgericht zu Düsseldorf zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Es hatte fortgelegt, Retruten in ganz erheblicher Weise mishandelt, ihnen die Nasen blutig geschlagen, dann mit dem Stock auf die Zehen getreten, Haars der Schnurrbart losgerissen, auf die Finger getreten, daß sich die Haut ablöste usw. Auch soll er versucht haben, die Leute von einer Menge abzuholen.

Ein Held der Freiheit. Der Redakteur des Berliner Volksblattes Wohlert, Dahl, der unter dem Verdacht der Missachtung der Rechte der anderen Soldaten verurteilt wurde, griff unter dem allgemeinen Druck auch der Chef des Polizeidepartements Preußisch ein, ließ eine Unterlassung der Inquisitionssäule vornehmen und teilte mit, daß die Handlungswelt der Polizei die gleichen Grenzen überbrückt habe, daß die Polizeibeamten sich gegen die Gefangenen Grausamkeiten und Misshandlungen gestattet hätten.

Auch der Minister des Innern lobt sich damals veranlaßt, dem Rigauer Staatsanwalt die Verurteilung einer gefährlichen Unterlassung gegen die amtlichen Soldaten zu empfehlen. So oberflächlich ist auch die neue Zustand der öffentlichen Sicherheit zu empfehlen, daß Diefenbachmaterial sie nicht aus der Welt schaffen, und so übergebt sie anfangs 1908 sämtliche Untersuchungsfäden dem Gouverneur, der endgültig zu entscheiden hatte, ob er keine Untergebenen ihrer Stellungen entheben, beginn, vor einem Gericht stellen möchte. Weder verging eine lange Zeit, bis der erworbene Schluss kam. Als unverlässlicher Richter hielt sich der Gouverneur von Livland an die immer mehr übernehmende Macht, ließ sich von den dringenden Warnungen des Verbandes des russischen Volkes völlig ins Schleppen ziehen und ließ das gefährliche Verfahren ein.

Damit ist aber das Institut der Polizei, deren Verhandlungen über die berüchtigte Polizeiuniform der Öffentlichkeit übergeben und von vielen russischen und nichtrussischen Blättern reproduziert worden waren, griff unter dem allgemeinen Druck auch der Chef des Polizeidepartements Preußisch ein, ließ eine Unterlassung der Inquisitionssäule vornehmen und teilte mit, daß die Handlungswelt der Polizei die gleichen Grenzen überbrückt habe, daß die Polizeibeamten sich gegen die Gefangenen Grausamkeiten und Misshandlungen gestattet hätten.

Die Beratung der Rigauer Polizei-Affäre.

Aus Petersburg wird der Russ. Korrel. geschrieben: Wenn ich einmal die russische Regierung zur Aufstellung und eventuellen Ablösung Schlimmer Gewalt oder Widerstände sich entschließe, so steht ich noch allen Erfahrungen der Verfassungsschützer des "russischen" Reichs hinter dem als eine plumpa Komödie heraus, die nur dazu bestimmt ist, der eregten Öffentlichkeit Sond in die Augen zu treiben, die herzlichen Faktoren einen Augenblick vom Glanz des Reichsreiches befreit erscheinen zu lassen und vor allen Dingen die kostspieligen Bürokraten durch Verkleppungslustig vor wölfzig Zusammenbruch zu reißen.

So kommt jetzt die Vorwurf, daß das gegen die österreichisch-ungarische Schiffsart sowie gegen die österreichisch-ungarischen Waren abzuschließen, die die Wiener Regierung der Türkei vorlieb gegeben habe. Von Montag an werden alle österreichischen Dampfer wie zu gewöhnlichen Zeiten gefördert werden.

Brag, 17. Januar. Heute vormittag kam es auf dem Graben gelegenheit des Zusammensetzen der deutschen Studenten wieder zu mehreren Zusammenstößen zwischen dienstlichen und tschechischen Demonstrationen vor dem Deutschen Hof und zu Festivitäten deutscher Studenten. In der Graben von Gendarmerie geräumt und abgesperrt werden mußte. Heute abend fanden vor dem Deutschen Hof wieder Zusammenstöße statt.

Balkan.

Das Ende der Boykottbewegung.

Konstantinopel, 17. Januar. Das Balkonkombat hat eine längere Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, den Boykott gegen die österreichisch-ungarische Schiffsart sowie gegen die österreichisch-ungarischen Waren abzuschließen, die die Wiener Regierung der Türkei vorlieb gegeben habe. Von Montag an werden alle österreichischen Dampfer wie zu gewöhnlichen Zeiten gefördert werden.

Wien, 17. Januar. Die Nachricht von der Abdankung des Fürsten Nikolaus von Montenegro ist, wie aus Kotor hierher telegraphiert wird, falsch.

Portugal.

Erste Unruhen.

Madrid, 17. Januar. Aus Lissabon kommt die Meldung von Unruhen in Alijo und Negao, wo es zu einem regelrechten Kampf zwischen der Bevölkerung und den Truppen kam. Die Ereignisse sind durch die schon lange dauernde Krise im Weinbau verursacht. Die Lage im ganzen Übergebiete steht ernst. Besorgnisse ein, es seien neue Zusammenstöße bevor. In Porto sind alle Kundgebungen verboten worden; auch in Lissabon dauernd die starke politische Spannung an, da gewisse Elemente den jungen König zu einem Militärregiment drängen möchten. Die geplante Anbringung eines Denkmals an der Stelle, wo der Königsbrand stattfand, steht in der Bevölkerung auf Widerstand, daher wird der kommende Jahrestag des Königsbrands, der 31. Januar, als trauriger betrachtet.

Rußland.

Die Beratung der Rigauer Polizei-Affäre.

Aus Petersburg wird der Russ. Korrel. geschrieben: Wenn ich einmal die russische Regierung zur Aufstellung und eventuellen Ablösung Schlimmer Gewalt oder Widerstände sich entschließe, so steht ich noch allen Erfahrungen der Verfassungsschützer des "russischen" Reichs hinter dem als eine plumpa Komödie heraus, die nur dazu bestimmt ist, der eregten Öffentlichkeit Sond in die Augen zu treiben, die herzlichen Faktoren einen Augenblick vom Glanz des Reichsreiches befreit erscheinen zu lassen und vor allen Dingen die kostspieligen Bürokraten durch Verkleppungslustig vor wölfzig Zusammenbruch zu reißen.

So kommt jetzt die Vorwurf, daß das gegen die Rigauer Polizeiuniform wegen entstehlicher Misshandlungen und grausamer Folterungen von Häftlingen angeklagte Bruderkrieg laut Entscheidung des Gouverneurs von Livland eingestellt worden ist. Aljo konnte es im gegenwärtigen Russland gewesen, trotzdem die Rigauer Schandtaten selbst von amtlicher Stelle in der ersten Überzahlung zu gestanden worden waren.

Als nämlich vor etwa zwei Jahren die Entstehungen über die berüchtigte Polizeiuniform der Öffentlichkeit übergeben und von vielen russischen und nichtrussischen Blättern reproduziert worden waren, griff unter dem allgemeinen Druck auch der Chef des Polizeidepartements Preußisch ein, ließ eine Unterlassung der Inquisitionssäule vornehmen und teilte mit, daß die Handlungswelt der Polizei die gleichen Grenzen überbrückt habe, daß die Polizeibeamten sich gegen die Gefangenen Grausamkeiten und Misshandlungen gestattet hätten.

Auch der Minister des Innern lobt sich damals veranlaßt, dem Rigauer Staatsanwalt die Verurteilung einer gefährlichen Unterlassung gegen die amtlichen Soldaten zu empfehlen. So oberflächlich ist auch die neue Zustand der öffentlichen Sicherheit zu empfehlen, daß Diefenbachmaterial sie nicht aus der Welt schaffen, und so übergebt sie anfangs 1908 sämtliche Untersuchungsfäden dem Gouverneur, der endgültig zu entscheiden hatte, ob er keine Untergebenen ihrer Stellungen entheben, beginn, vor einem Gericht stellen möchte. Weder verging eine lange Zeit, bis der erworbene Schluss kam. Als unverlässlicher Richter hielt sich der Gouverneur von Livland an die immer mehr übernehmende Macht, ließ sich von den dringenden Warnungen des Verbandes des russischen Volkes völlig ins Schleppen ziehen und ließ das gefährliche Verfahren ein.

Damit ist aber das Institut der Polizei, deren Verhandlungen über die berüchtigte Polizeiuniform der Öffentlichkeit übergeben und von vielen russischen und nichtrussischen Blättern reproduziert worden waren, griff unter dem allgemeinen Druck auch der Chef des Polizeidepartements Preußisch ein, ließ eine Unterlassung der Inquisitionssäule vornehmen und teilte mit, daß die Handlungswelt der Polizei die gleichen Grenzen überbrückt habe, daß die Polizeibeamten sich gegen die Gefangenen Grausamkeiten und Misshandlungen gestattet hätten.

Die Wetterbericht von der Wetterstube an der Augustusbrücke am 18. Januar, mittags 12 Uhr.

Donnerstag den 21. Januar 1909
vormittags Punkt 10 Uhr

Arbeitslosen-Versammlung

im Saale des Tivoli, Wettinerstraße.

Tages-Ordnung:

Die Maßnahmen der Behörden zur Kinderung der Arbeitslosigkeit.

Referent: Arbeitsesekretär Bernhard Menke.

Debatte.

Die Arbeitslosen von Dresden und Umgegend, Männer und Frauen, werden zu zahlreichem Besuch dieser wichtigen Versammlung aufgefordert. **Kein Trinkzwang.**

Offizielle politische Versammlung!

Einberufer: Bruno Engel, Reitbahnstraße 22, 3. Etage.

Gewerbegegerichts-Beisitzer

von Dresden, den Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-S.

Mittwoch den 20. Januar, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Volkshauses, Margr. 13, 1.

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bisherige Tätigkeit und die künftigen Aufgaben der Zentralkommission zu den Verbandssagen.
2. Neuwahl der Zentralkommission und Ergänzungswahl der Kommission.
3. Stellungnahme zur Berufung eines Ausschusses bezüglich Abgabe von Gutachten.
4. Gewerbliche Rechtsprechung.

Die Prostitutionen von der Konferenz in Jena waren durch das Gewerbeamt-Sekretariat zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar bezogen worden.

Aus Rücksicht auf die ausdrücklichen Beisitzer wird die Versammlung pünktlich um 8 Uhr eröffnet. Die Namen der teilnehmenden Beisitzer werden nach einem feierlichen geschworen Beifall veröffentlicht. Zur Vermeidung von Verstimmungen hat die Kommission beschlossen, dass etwaige Entschuldigungen bei dem Obmann R. Holz, Am See 33, 2., spätestens einen Tag nach der Versammlung zu erfolgen haben. Die Kommission.

Mügeln-Zschachwitz!

Mittwoch den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Alten Gasthof in Mügeln

Öffentlicher Vortrag

Thema: Unfallverhütung, Gewerbehygiene und die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Berlin. Ref.: Herr Geh. Reg.-Rat Prof. Hartmann-Berlin.

Der Vortrag ist kostenlos. Die Arbeiterchaft wird erachtet, denselben gekreuzt und pünktlich zu besuchen.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Sozialdemokratischer Verein
für den 6. lächlichen Reichstagswahlkreis.

Dienstag, 20. Januar 1909.

Einzelpreis: Eintritt 50 Pf.
1 Uhr nach 8 Uhr, Abendtag 100 Pf.

Bezirk Cotta.

Dienstag den 19. Januar, abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in den Linden, Lindenauer Straße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fleischer: Soziale Probleme der Gegenwart. — 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. — 3. Vereinsangelegenheiten. — Jahrlicher Bericht des Genossen und Genossen erwartet. Die Verwaltung.

Gleichzeitig wird auf das Montag den 25. Januar in der Constantia unter Mitwirkung der Viktoriastänger Stiftungsfest aufmerksam gemacht. Karten sind bei den ländlichen Vorstandsrätsleuten und Beauftragten zu haben.

Bekanntmachung.

Der Ressenvorstand für die unverzüglichste Rente legt sich für das Jahr 1909 zusammen auf:

1. Herr Ernst Hertel, Fabrikarbeiter, Leutewitz, Vorstandsvorsteher;
2. Gust. Wendsche, Töpfer, König, Heilbronn, Vorstandsvorsteher;
3. Johannes Slotta, Fabrikarbeiter, Coswig, Schriftführer;
4. Friedl. Zschelle, Töpfer, Coswig, Vorst.-Mitgl.;
5. Edmund Kletzsch, Töpfer, Coswig, Vorst.-Mitgl.;
6. Rich. Glauch, Töpfer, König, Vorstandsmitglied;
7. Gustav Schmidt, Töpfer, König, Vorstandsmitglied;
8. Otto Hermann, Töpfer, König, Vorstandsmitglied;
9. Artur Lehmann, Schlosser, Taubadel, Vorstandsmitglied.

Coswig, am 13. Januar 1909.

Der Vorstand der Gemeindlichen Ortskrankenkasse für Coswig u. Nachbarorte.

A. E. Hertel, Vorstandsvorsteher.

Bäckerei O. Kirchhoff
Helgolandstrasse 12.
Gewähr bei
Barzahlung S Prozent Rabatt auf alle
Waren.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Dresden.

Dienstag den 19. Januar, abends 9 Uhr

Branchen - Versammlung

der Kohlen-Träger und -Trägerinnen sowie Platzarbeiter im Volkshaus, Margr. 13, 1. Etage (Meiner Saal).

Mittwoch den 20. Januar, abends 9 Uhr

Branchen - Versammlung

der Markthelfer, Bäcker, Kontorboten usw.
im Stabillment Reichshallen, Palmsstr. 13.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Vortrag. 2. Wahl eines Branchenvertreters für die Ortseverwaltung. 3. Vertragsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden erachtet, diese Versammlungen vollständig zu besuchen. Kontrollkarten sind mitzubringen!

Die Ortseverwaltung.

Hier das laufende Jahr 1909 besteht der Ressenvorstand aus

- folgenden Herren:
Max Rosenkranz, Vorstand, Gütermarktgasse 6, II.
Georg Jeremias, Fabrikant, 2. Vorstand u. 1. Schriftführer
Bruno Heidenreich, Polizist, 2. Schriftführer
Max Mauersberger, Druckereibesitzer, Seiffen
Arthur Bielash, Prototyp, Seiffen
Gustav Haubwald, Tischler, Seiffen
Richard Spanke, Töpfer, Seiffen
Johannes Schenke, Töpfer, Seiffen
Ernst Anders, Töpfer, Seiffen

Max Rosenkranz, Vorstand, Gütermarktgasse 6, II.

bezieht man jetzt direkt aus
Wilsdruff vom

Möbel
Genossen Hildebrand.
Stadt Leipzig

Foto: W. Engels, St. W. Engels
Gr. Frei-Konzert d. Ling.
Gebüchne Tambourine-Kapelle.

Die Vorträge von

Melitta van Keuren

haben bei dem Dresdner Publikum, Herren wie Damen, einen riesigen Beifall und Bewunderung gefunden.

Es finden noch folgende Vorträge statt:

Herren - Vorträge mit Lichtbildern.

Dresden - Pieschen: Deutscher Kaiser
Mittwoch den 20. Januar, abends 8^{1/2}, Uhr.

Dresden - Löbtau: Drei - Kaiser - Hof
Freitag den 22. Januar, abends 8^{1/2}, Uhr.

Damen - Vorträge mit Lichtbildern.

Dresden - Pieschen: Deutscher Kaiser
Dienstag den 19. Januar.

Dresden - Löbtau: Drei - Kaiser - Hof
Donnerstag den 21. Januar.

Dresden - Cotta: Schusterhaus
Sonntags den 23. Januar.

Eintritt 50 Pfennig. Eintritt 50 Pfennig.

Bekanntmachung!

Die bereits gelösten Billette für die Blumenfäle haben auch Gültigkeit für alle meine anderen Vorträge, andernfalls Geld zurück. Hotel Kronprinz,

Dresden-N., Hauptstr., Mittwoch vorm. 11-1 Uhr.

Melitta van Keuren.

Weitere Vorträge siehe Inserat in dieser Nummer.

Butter bedeutend billiger!

Feinste

Tafelbutter

1 Pfund 110 Pf.

F. E. Krüger

Webergasse 18.

Tel. 1012. — Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Sparverein Edelweiß!

Hiermit zur Kenntnis, daß der alte Sparverein Edelweiß, früher Dresdner Blumenfale, jetzt in Hochmuths Restaurant, Görlitzer und Arnoldstraße, jeden Mittwoch von 9 bis 11 Uhr spricht. Um zahlreiche Teilnahme erläutert.

D. E. W. Dienstag: **Gasthof Nieden. Gr. Schlacht-Fest**

Diens. Dienstag: **Gasthof Nieden. Gr. Schlaft-Fest**

Diens. Dienstag: **Gasthof Nieden. Gr. Schlaft-F**

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 13.

Dresden, Montag den 18. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Vierklassen-Entreichtung in offizieller Form.

Die Wahlberechtigung der Ersten Kammer hat soeben ihren Bericht über die Wahlrechtsfrage veröffentlicht. Er enthält alle Anträge und Abänderungsanträge, die von verschiedenen Parteien gemacht worden sind, die aber heute nicht mehr besonders interessieren. Gelegentlich werden wir eventuell darauf zurückkommen. Dasselbe gilt von den Ausführungen des Berichterstatters Schatzmeister Dr. Bach in der Deputation, die im Berichte wortgetrennt wiedergegeben sind und den übrigen Bemerkungen im Berichterstattungsbericht. Neues bringt der Bericht nicht mehr, er bestätigt nur, was lange schon bekannt war. Wir berücksichtigen daher heute darauf, den grundlegenden § 11, der die Klassen festlegt und die Stimmenzuweisung näher regelt, in seiner offiziellen Form niedergezogen. Es lautet:

§ 11. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme, soweit ihm nicht nach den folgenden Bestimmungen mehrere Stimmen zu kommen.

A. Zweistimmen haben die Wahlberechtigten

- a) die ein Einkommen von mehr als 1800 M. haben,
- b) die aus öffentlichem Amt oder aus privatem dauernder Verstellung ein Einkommen von mehr als 1400 M. beziehen,
- c) die zur Gemeindebürger oder zum Landesbürgerkammertitel geladen sind und den übrigen Bemerkungen im Berichterstattungsbericht.

Neues bringt der Bericht nicht mehr, er bestätigt nur, was lange schon bekannt war. Wir berücksichtigen daher heute darauf, den grundlegenden § 11, der die Klassen festlegt und die Stimmenzuweisung näher regelt, in seiner offiziellen Form niedergezogen. Es lautet:

§ 11. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme, soweit ihm nicht nach den folgenden Bestimmungen mehrere Stimmen zu kommen.

B. Drei Stimmen haben die Wahlberechtigten

- a) die ein Einkommen von mehr als 2200 M. zur Staats- einkommensteuer versteuern,
- b) die im Sinne Litera A b, c ein dienstliches oder gewerbliches Einkommen von mehr als 1900 M. beziehen,

c) die ohne sich in öffentlichem oder privatem Dienstverhältnis zu befinden, aus einer wissenschaftlichen oder höheren künstlerischen Tätigkeit (als Reichsanalist, Aerzte, Hochschullehrer, Ingenieure, Künstler, Schriftsteller oder in ähnlicher Lebensstellung) mehr als 1900 M. Einkommen beziehen,

d) die bei Abschluss der Wählerliste als Eigentümer oder gesetzlich Nutzungsberechtigte im Königreich Sachsen Grundbesitz haben, auf dem mindestens 100 Steuerinheiten haften, vorausgesetzt, daß das Gesamteinkommen des Wählers 1200 M. übersteigt,

e) die beim Abschluss der Wählerliste als Eigentümer oder gesetzlich Nutzungsberechtigte im Königreich Sachsen Grundbesitz haben, die mehr als 2 Hektar der Land- oder Forstwirtschaft oder dem Obstbau oder mehr als ein halber Hektar der Gärtnerei oder dem Weinbau dienen,

f) die ihre wissenschaftliche Bildung durchzeugen, die für den eingetragenen Willkürdienst genügen, nachweisen können.

C. Vier Stimmen haben die Wahlberechtigten

a) die ein Einkommen von mehr als 2800 M. zur Staats- einkommensteuer versteuern,

b) die im Sinne Litera A b, c ein dienstliches oder gewerbliches Einkommen oder im Sinne Litera B c ein Einkommen von über 2500 M. beziehen,

c) die einen Grundbesitz im Sinne Litera A d haben, auf dem über 150 Steuerinheiten haften, vorausgesetzt, daß das Gesamteinkommen des Wählers 1800 M. übersteigt,

d) die Grundbesitz im Sinne Litera A d haben, von dem mehr als 4 Hektar der Land- oder Forstwirtschaft oder dem Obstbau oder mehr als 1 Hektar der Gärtnerei oder dem Weinbau dienen,

E. Fünf Stimmen haben die Wahlberechtigten

a) die ein Einkommen von mehr als 2800 M. zur Staats- einkommensteuer versteuern,

b) die im Sinne Litera A b, c ein dienstliches oder gewerbliches Einkommen oder im Sinne Litera B c ein Einkommen von über 2500 M. beziehen,

c) die einen Grundbesitz im Sinne Litera A d haben, auf dem über 200 Steuerinheiten haften, vorausgesetzt, daß das Gesamteinkommen des Wählers 2200 M. übersteigt,

d) die Grundbesitz im Sinne Litera A d haben, von dem mehr als 8 Hektar der Land- oder Forstwirtschaft oder dem Obstbau oder mehr als 2 Hektar der Gärtnerei oder dem Weinbau dienen.

Der 50. Geburtstag bei Abschluss der Wählerliste vollendet hat, füllt eine Zusatzstimme (Altersstimme). Mehr als vier Stimmen liegen keinem Wähler zu.

Zum übrigen ist die Vorlage im wesentlichen so geblieben, wie sie von der zweiten Kammer beschlossen wurde, soweit nicht aus formellen Gründen Änderungen nötig waren. Es wird auch die Abstimmung aufrecht erhalten bleiben.

Wie die Dresdner Arbeiterschaft über das Machwerk denkt, ist sich am Sonntag deutlich in einer mächtigen Demonstration offenbart, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichten.

Radelstichpolitik und kein Ende.

Der Turnverein Turnerbund Schönfeld beabsichtigte im August v. J. aus Unlach seines Schauturnens ein öffentliches Tanzvergnügen abzuhalten und den Leiter des Turnvereins zur Anschaffung von Turngeräten für den Verein zu vertragen. Die Amtshauptmannschaft Leipzig lehnte das Gesuch jedoch mit der Begründung ab, daß die Erhebung von Eintritts- und Tanzgeld-Bereichen nur zur Unterhaltung gemeinnütziger und wohltätiger Zwecke geeignigt werden könne, daß „die Verwendung der Einnahmen in einem solchen Zwecke aber durch den Verein nicht sicherstellbar“ sei. In einem hiergegen bei der Kreishauptmannschaft eingeklagten Reklame erhob sich der Verein, Abrechnung vom Gelde beizubringen und auch jeden Beweis über die Verwendung des Überdrusses auf Wunsch zu erbringen. Die Kreishauptmannschaft stellte sich jedoch auf die Seite der Amtshauptmannschaft. Sie sah ebenfalls die Verwendung des Überdrusses zur Anschaffung von Turngeräten als nicht ziemlich einleuchtig an.

Man wandte sich der Verein in einer ausführlichen Begründung an das Ministerium des Innern. Er wies darauf hin, daß die anderen Turnvereine am Orte ein ähnliches Tanzlaubnis zu diesem und ähnlichem Zwecke erhalten. Da der Verein der Deutschen Turnerschaft nicht angehört, verneinte er, daß dies der Grund für den abzuhenden Bescheid der beiden Instanzen sei. Denn er habe die Beobachtung gemacht, daß die Amtshauptmannschaft die Verwendung des Überdrusses zur Anschaffung von Turngeräten als nicht ziemlich einleuchtig an.

Der Verein erwarte, daß das Ministerium doch wenigstens offen äußern werde, daß der Verein deshalb keine Erlaubnis erhalte, weil er kein Krieger-, sondern Kriegerverein

sei und auch der Deutschen Turnerschaft nicht angehöre. Jedoch das Ministerium beschied den Verein dahin, daß es keine Begründung der Unlach geboten sei, der Entscheidung der Kreishauptmannschaft „Aussichts wegen“ entgegenzutreten.

Als Rücksicht hatte der Verein zu berücksichtigen: für den ablehnenden Bescheid der Amtshauptmannschaft 2 M., für den ablehnenden Bescheid der Kreishauptmannschaft 1 M., für den ablehnenden Bescheid des Ministeriums 1 M.

Der Verein beabsichtigte nun, am 31. Januar d. J. ein öffentliches Vergnügen abzuhalten, und um der bekannten „Ordnung“ über das Tanzwesen nachzukommen, erklärte der Geschäftsführer: „Um Überdruss soll eine noch zu vereinbarende Summe zum Besten einer noch zu bezeichnenden wohltätigen Einrichtung verwendet werden, und bitte den Unterzeichneten deshalb um baldige Vorladung.“ Der Verein wollte den Überdruss zugunsten der auf der Zeche Radbod verunglückten Bergarbeiter verwenden. Der Bescheid der Amtshauptmannschaft besagte, daß in diesem Vorlage am 4. und 5. Sonntag im Januar überhaupt kein öffentliches Tanzvergnügen abgehalten werden darf“ und gestattete nur ein Vereinsvergnügen.

Den „gutgefeierten“ Vereinen wird alles erlaubt, den Arbeitervereinen wird nicht einmal gestattet, für die Hinterlassenen von im Dienste des Kapitalismus verunglückten Arbeitstrümmern zu wirken. Die famose Tanzordnung der Belpaziger Amtshauptmannschaft charakterisiert sich als ein Mittel zu einseitigen Maßregeln gegen die bösen, im Gerüche der Sozialdemokratie stehenden Arbeitervereine. Über Radelstichpolitik soll noch Herrn v. Hohenholz feierlicher Versicherung in Sachsen nicht getrieben werden.

Gegen die Amtshauptleute

richtet sich eine neue Eingabe, die der Vorstand des Landesverbandes der Saalhaber im Königreich Sachsen in der Frage der Tanzweiterleitung an das Ministerium des Innern zu richten beabsichtigt, da die meisten Saalwirte der Ansicht sind, daß die Antwort der genannten Behörde nicht befriedigend für das Saalgewerbe ausgeschlagen ist. Es sind infolgedessen an die einzelnen Saalhabervereine Schreiben gerichtet worden, in denen darauf hingewiesen wird, daß der Bescheid des Ministeriums auf die Eingabe des Saalhaberverbandes vom 28. Oktober 1908 (I) in Sachen der Tanzweiterleitung in soalgebundenen Kreisen große Enttäuschung hervorgerufen hat, und daß der Bescheid keineswegs den Erwartungen entspreche, welche man an diese Eingabe geknüpft habe. Weiter hat der Vorstand des Landesverbandes anlässlich der vielen Aklagen über Weitstände in Tanzregulationsweisen es für notwendig erachtet, auf Abhilfe bedacht zu sein und ein Schreiben an die Verbandskollegen gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß es sich nötig mache, alle im Lande zur Zeit gültigen Tanzregulationen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und dafür Sorge zu tragen, daß unzeitgemäße, die gewerbliche Tätigkeit ungerecht befreindende und des Standes unvorsichtige Bestimmungen endgültig aus den Regulativen beseitigt werden.

So lange die Saalwirte nach oben nicht etwas mehr Energie entwickeln, werden sie alle Hoffnungen auf Erfolg ihrer berechtigten Forderungen einpöbeln können.

Mittelständler als Bittsteller.
Die Hauptmacher der Mittelstandsvereinigung scheinen jetzt Bittgänge ins Ministerium als Spezialität zu betreiben. Vor kurzem waren die Herren beim Grafen Hohenholz, der sie mit einem Satz voll Verständigung heimgeschickt hat; jetzt haben sie auch das Finanzministerium unheimlich gemacht. Die bürgerliche Presse weiß über den neuen Bittgang zu melden:

„Finanzminister Dr. v. Rüger empfing am Sonnabend nachmittag im Finanzministerium Vertreter der Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen in Audienz. Die Herren waren aus Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen, Plauen und Zwickau. Sie ersuchten den Finanzminister, bei der Vergabe von staatlichen Mitteln mehr als bisher die Körperschaften und Institutionen zu berücksichtigen. Der Finanzminister Dr. v. Rüger sagte die Erfüllung dieser Wünsche nach Möglichkeit zu. Als Sprecher fungierte der Dresdner Stadtverordnetenvorsteher Obermeister Unterdöf. In der Deputation befand sich auch Landtagabgeordneter und Stadtverordneter Enke.“

Die Herren richten sich immer mehr darauf ein, Staat und Stadt als Mütterlinde für sich zu betrachten. Mit dem Mittelstandsverfahren suchen sie in den Städten für sich zu krebsen, das gleiche haben sie ja auch beim Staat ver sucht. Jetzt soll diesen Absichten durch Bittgänge etwas nachgeholfen werden.

Chemnitz. Für die Vornahme von Notstandsschäden bewilligte der Staat ein weiteres Berechnungsgeld von 50 000 M. und genehmigte den vorliegenden Entwurf eines Ortsgesetzes über die Änderungen der Bestimmungen, betreffend die Beschaffung der Beschaffung von Gehilfen, Bedienern und Arbeitern in der Stadt Chemnitz am Sonn- und Festtagen.

Chemnitz. Für das Jahr 1909 wurden zu Schöffen auch die Arbeiter-Polizei und Reichsamt, Mitglied des Sächsischen Gewerbevereins, Dresden, ernannt. Im vorigen Jahre war ein Farmer, Mitglied der freien Gewerkschaft Deutscher Metallarbeiterverband, als Schöffe mit tätig.

Freiberg. Hat die am 1. Januar freigewordene Bürgermeisterstelle und insgesamt 15 Bewerben eingegangen. Von den Bewerbern sind Stadtrat Haupt, Dresden, Stadtrat Böttcher-Plauen, Bürgermeister Dr. Kreidelschmid-Zwickau und Stadtrat Dr. Höse-Freiberg zur engeren Wahl gestellt worden.

Plauen i. B. Zur Ausführung der Notstandsschäden bewilligten die Stadtverordneten 50 000 M. zu welchem Zwecke ein Ordnungsauftrag eingegangen war. Es sollen außer dem bereits in Angriff genommenen Erdarbeiten zur Herstellung eines Geflügelhofes auf dem Hammel am Fuße der vogtländischen Elbmündung die Vorarbeiten zum Bau der 14. Bürgerschule an der Dörferswegstraße und zur Herstellung einer Verbindungsstraße im Kaiser-Wilhelm-Hain umgedeutet ausgeführt werden.

Nachrichten aus dem Lande.

Königstein. Wie schon dieser Tage berichtet wurde, versuchte die Schifferknechte Schräger aus Pfaffenbach, ihrem Leben durch Ertränken ein Ende zu machen. Es ist ihr nun am Sonnabend mittag in Abwesenheit ihres Ehemanns und ihrer noch unerzogenen Kinder gelungen, ihrem Leben durch Erhängen ein Ziel zu legen. Schwermetall soll das Motiv zu der ungünstigen Tat gewesen sein.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Neubau des Hauptgebäudes für das städtische Elektrizitätswerk in Leipzig i. B. in Königstein nachmittag der Baustoff Eisen aus Neuburg beim Ausweichen vor einer Lori vom Gerüst etwa 20 Meter tief herabgestürzt. Schon nach wenigen Minuten ist der Bedauernswerte kleinen Verletzungen erlegen. — Der Marktmeister Schäfer in Bautzen ist von einem Wagen und wurde dabei von einem nachfolgenden Fuß getroffen, so daß Bautzener schwere Fleischwunden am Kopfe erlitten. Im bewussten Zustande wurde Bautzener schwere Fleischwunden am Kopf erlitten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der noch lebende Mann auch einen Schädelbruch erlitten hat. — Ein 20-jähriger Bäckerling eines Eisenglockenbaus im Regierungsbereich Danzig, der in Henneberg in politischen Gewahrsam genommen worden war, sprang nachts aus dem im zweiten Obergeschoss im Hintergebäude des Rathauses gelegenen Keller nach Verbrechen der Eisenküche in den Hof hinab und entfuhr über die Mauer. — Auf Königsberg wird über eine Erdbebensgeschichte folgendes mitgeteilt: Wie vor einiger Zeit in der Gewerbezone gegenüberliegende Gegend die sogenannte „Schrammische 200-Millionen-Erdbeben“ viele Einwohner in größte Spannung und (Gesellschaftsvergebliche) Hoffnung versetzte, so kursiert jetzt in der Auffalter Gegend wieder der alte Glaube an eine sogenannte Neutrale Erdbeben, die ebenfalls mehrere Millionen betrugen soll. Ein vor etwa 300 Jahren von Jahnbach nach Schwaben ausgewanderten Bauer namens Meister habe in seinem Testamente bestimmt, daß sein damals 170 Gulden betragendes Vermögen nach gewisser Zeit seine Verwandten erben sollen. Eine Abfertigung des Testaments ist im Jahnbach. Darauf fußend, beschloß eine in Auffalter abgehaltene Versammlung aller Interessenten dieser jedenfalls durch Rint und Simelsdorf auf mehrere Millionen angewandten Erdbeben, weitere Schritte zur Verminderung ihrer Hoffnungen auf die Erdbeben zu tun. Die Leute werden sich in Aufregung und Unruhen fühlen und später sehen, daß sie Getane sind.

Stadt-Chronik.

Kolonialphantasien.

Der Gegenwartsstaat ist doch ein großes Gebilde, namentlich wenn er ein so konstitutionell-absolutistisches Gesicht und eine so politisch entwidmete Volksmasse hat wie unser Staat. Das Gewerbehaus mußte gestern mit Volksettern nach außen hermetisch abgeschlossen, mußte mit Rost und Reißigen umgeben werden, nur weil es für eine Stunde die stille Höhe war, in der der König von Sachsen wohnte. Und während draußen den lästlich für Volkstrete demonstrierenden Steuerzahlen von Schulzmannsmaße die Schädel eingehauen wurden, erzählte drinnen im Gewerbehaus Staatssekretär Bernburg den Freikarten verschaffenden „befreiten“ Steuerzahlen von den gefüllten Tattellisten der Kolonien unter dem Thema: Die industriellen Fortschritte in den deutschen Kolonien. Der unverbesserliche Optimist Bernburg hofft, daß sich die Kolonien entwideln werden. Sachsen habe ein ganz besonderes Gewicht auf die Kolonialpolitik zu legen, weil viele Rohstoffe des sächsischen Gewerbebetriebes als Produkte im Kolonialland gewonnen würden und tausende lästlicher Arbeiter von dem überseelichen Absatz der Industrie produziert werden. (Und Tausende Steuerzahlen dafür werben müssen!) In den Kolonien könnte mindestens ein großer Teil der von der sächsischen Industrie gebrauchten Rohstoffe produziert werden. All das habe die sächsische Industrie mit ihrer stets geradem Weitblick erkannt und die größte Plantage im deutschen Schupland sei Eigentum eines Leipziger Industriellen. Das wichtigste Kolonialprodukt seien die Salzschiffe, weil Deutschland an ihnen einen außerordentlich hohen Bedarf habe und die amerikanischen Preisstrebereien der Baumwolle die Frage zu einer brennenden gemacht hätten. Deutschland sehe hier wie überall noch im Anfang seiner Kolonialwirtschaft, und die Erfolge seien noch bescheiden. Für den Baumwollanbau komme in erster Reihe Ostafrika in Betracht. Hier haben Weiße, voran die bürgerliche Baumwollpflanzer, teils an der Küste, teils im Innern große Plantagen angelegt, und unter Verwendung des Domänenplages und teilweise der künftlichen Bewässerung glänzende Ernten erzielt.

Sobald die Eisenbahn für die Baumwolle besseren Abzug und durch die höheren Preise für die Röder jüdischen Anteil zu ihrer Kultur bringe, werde der Baumwollanbau sich noch erheblich ausdehnen. Noch sei der Erfolg bescheiden, aber doch so groß, daß er noch vor drei Jahren unmöglich erschienen wäre. Die deutschen Kolonien produzieren jährlich 8000 Ballen Baumwolle, und schon lebt von 200 deutschen Textilarbeitern einer von der Verarbeitung von Kolonialprodukten. Auch in Neu-Guinea und Kamerun seien die Aussichten keineswegs schlecht, doch soll gegenwärtig jede Verschärfung der Kräfte vermieden werden. In diesen Kolonien werde auch die Verschärfung der notwendigen Arbeiterschaft große Schwierigkeiten machen. Ohne genügend Arbeiter aber trage jeder Einbauer auch den Todestrieb in sich. — Neben der Baumwolle sei der Sisalhanf das wichtigste Ausfuhrprodukt Ostafrikas. — Ein weiterer wichtiger Ausfuhrartikel seien die Öl- und Fettprodukte von Tieren und Pflanzen. Aus der Kolonie gewinnt Ostafrika jährlich eine Ausfuhr von 5 Mill. M. doch entspricht der Export noch keineswegs der Produktion, weil die Früchte vielfach im Lande selbst konsumiert und der Saft zur Herstellung stark alkoholischer Getränke verarbeitet wird. Durch eine hohe Besteuerung suche die Regierung dem entgegenzuwirken. In Kamerun veranlassen für viele Millionen Mark Früchte noch nichts am Boden, weil die Verbindungen fehlen. In der Maisproduktion siehe Togo an der Spitze, ein kleines Land von nur einer Million Einwohnern, die aber sehr früh und tätig seien. Großen Wert habe für alle Kolonien mit Ausnahme Westafrikas die Ausfuhr von Kaarschul. Wenn unsere Kolonien auch bisher nur etwa fünf Prozent des deutschen Kaufschulbedarfs decken, so werden die Ausfuhr doch von Jahr zu Jahr verbessert. — Der Usumbara-Kaffee gedeiht gut und liefert schöne Früchte. Doch dürfte auf dem Weltmarkt der deutsche Kolonialkaffee kaum eine größere Rolle spielen. — Eine sehr große Bedeutung für den Weltmarkt werde hingegen die Gewinnung von Gerbstoffen in den Kolonien erreichen. —

Möderer gesucht.

Am 5. Januar wurde in Berlin die voreheliche Martha Siegwagen ermordet aufgefunden. Das Mordopfer verblieb ist ihr Ehemann, der am 26. April 1900 in Berlin geborens Schleifer und Gärtnerei Wilhelm Bernhard Bruno Siegwagen, der bei der Mordtat verbliebenen nehmnen hat zwar die Wahrheit ausgetragen, ist das Leben ist eine Belohnung von 300 M. aufzulegen. Der Verfolgte führt ein Fahrrad, Nummer Nr. 65 554, eine silberne Unterhose Nr. 763 752, ferner eine silberne Unterhose Nr. 22 und einen grünen Geldbeutel bei sich. Mödermeide bedient er sich der Namen Witzenberger oder Oskar Siebenhaar. Siegwagen hat bereits wegen Körperverletzung mit ähnlichen Anklagen acht Jahre Justizhaus verbracht. Der Verfolgte ist übermittelstach, schlank, kräftig, hat blonde Haare, blaue Augen, blaue Gesichtslarbe, rötlcheblonde Schnurbart, vornehmende Brustknöpfe und am linken Handgelenk eine Idiomerasa: Totenkopf und darunter getreuliche Knoten. Er soll die Stimmen eines habschigen und nach vorne geweigten Haltung haben. Bekleidet war Siegwagen zuletzt mit braunem Festeanzug, dunklem Überzieher, hellen weichen Hut oder grauen Spornmütze und gelben Schuhen.

Vermischte Nachrichten. Als daß Pferd eines Fleischer in Löbau eingepansst werden sollte, kam der Seiffel aus Versehen dem Tiere mit einem Ortsfeind an die Hinterbeine. Das Pferd schlug aus und traf den Einspannenden an die Schulter, so daß er an dem Wagen geschleudert und noch am Kopfe verlegt wurde. — Die Einwohnerzahl Dresden ist für den 1. Dezember 1908 auf 545 000 berechnet worden. — Zum Amtsnachfolger des mit 1. April 1909 in den Ruhestand tretenden seitherigen Dresdner Amtsgerichtspräsidenten Kuntz ist der Vorstand des Amtsgerichts Freibau, Oberamtsrichter Kraus, vom Justizministerium ernannt worden. — Der Sohn des in Stadt Plauen wohnenden Rednungsrates Rottenburger wohnte zur Zeit des Erdbebens in Meissen und wird noch vermisst. Es wird befürchtet, daß er ein Opfer des Erdbebens geworden ist.

Aus der Umgebung.

Löschwitz. Beim Rodeln verunglückte ein kleines Dienstmädchen auf der Robert-Dietz-Straße und zog sich dabei eine Knieverletzung zu, die ihre Aufnahme im Krankenhaus nötig machte.

Leuben. Der hiesige Bädermeister Sch. erhängte sich angeblich aus Schwermut.

Haidaean. Nächsten Mittwoch, abends 7 Uhr, findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Laubegast. Heute Montag abend 7 Uhr findet im Rathaus öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die Tagessordnung steht an den Tafelzählern. In Abbruch der Wichtigkeit derselben ist zwingender Bezug zu erwarten.

Groß-Luga. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag brach hier Feuer aus; es wurden die Scheune der Gastwirtschaft einschließlich des Vermietweinzelhandels sowie zum Ausspannen (Hebertragung) und Ausdehnung der Konzession auf ein Gesellschaftszimmer; der Gruppe Goldene Höhe des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz um Genehmigung zur Veranstaltung eines Vereinstreffens; Bader in Schönau, Konzession zur Schenkwirtschaft einschließlich des Quaintineinschanks (Hebertrungan); der Firma Braune in Tharandt. Genehmigung zur Veranstaltung eines öffentlichen Festessences; Frau Kuster in Tharandt, Abholung öffentlicher Tanzmusik an einem dritten Sonnabend im Sommerhalbjahr; Oskar Schubert in Tharandt, Konzession zum Kaminbetrieb in dem Saalhausbau; Frau Freitag in Niederlößnitz, Abholung öffentlicher Tanzmusik an einem vierten Sonnabend im Sommerhalbjahr. Dagegen wurden abgelehnt die Gesuche Frieders in Deuben um Ausdehnung der Schankkonzession auf das Billardzimmer und Ziegelsdorf in Niederlößnitz um Konzession zum Betrieb. — Zugestimmt wurde noch der Schäftsfeststellung für den Gemeindewald in Lockwitz, außerdem wurden noch einige Neuerungen erledigt.

Kleinschönau. Sonnabend abend gegen 9 Uhr ist hier an einem alten Einfelder, dem pensionierten Lehrer Schiefer, der in hiesiger Gegend sonst nicht nur zu Wahlzeiten an der Deutlichkeit gesehen wird, ein Raubüberfall verübt worden. Der Täter drang in die Wohnung ein und hat vermutlich nach harter Mühe geführt, was jedenfalls in Unkenntnis der Verhältnisse irrtümlich angenommen wurde. Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden.

Klöschke. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde unter anderem über die Vergabeung des Baues eines zweiten Fotometers verhandelt. In einer früheren Sitzung war beschlossen worden, von den Firmen Franke-Bremen und Bahnitz-Dresden nochmals Kostenanträgen einzufordern, da in den ersten Unflatheiten enthalten waren. Die Firma Franke war gegen ihr erstes Angebot um rund 1200 M. heruntergegangen und mit 37 889 M. um 610 M. billiger als die Firma Bahnitz-Dresden. Der Firma Franke wurde der Auftrag einstimmig erteilt. Durch Antrag des Genossen Schöne ist die Firma Franke verpflichtet, in erster Linie Arbeiter der Gemeinde Klöschke am Bau des neuen Fotometers einzustellen.

Versammlungskalender für Dienstag.
Bezirk Löbau. Abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Bürgergarten, Löbau.
Bezirk Weiden-Trachenberga. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Deutschen Hause.
Verband der Buchdrucker, Steindrucker und verwandten Berufe. Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeitnehmer. Deutscher Buchbinderverband. — Bezirk Niederlößnitz. Abends 6½ Uhr Versammlung im Gofhof Niederlößnitz.
Bezirk Naundorf. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in der Schule.

Dresdner Polizeibericht vom 18. Januar.

In einem Grundstück der Südstadt ist vor kurzer Zeit ein 45-jähriger Unbekannter mit dunklem Haar, kräftigem, schwartem, gewunder Gesichtsbarbe, tschechischen Dialekt sprechend, sichtweise leicht kahl, aufgetreten, welcher ein Zimmer mieten wollte. Belegmäßig der Verhandlungen darüber hat er angegeben, daß er aus dem Hamburgen wohnt, woher er 2 M. verlangt. Nachdem der Unbekannte jedoch für diese Summe wahrgestellt, hat er sich weitere 40 M. erbettet und auch erhalten, um einen Platzkredit des betreffenden Vermieters weiter zu führen. Da der Unbekannte bis jetzt nicht wieder von sich hören lassen, wird angenommen, daß man es mit einem Betrüger zu tun hat. Es wird hiermit vor diesem Unbekannten gewarnt und gebeten, lacholische Mitteilungen an die Krim. Abteilung gelangen zu lassen.

In der Zeit vom 20. bis 24. Dezember v. J. ist aus dem Hof des Grundstücks Blumenstraße 54 ein gründlichste, vollendet handfertig abhanden gekommen und an irgend einem Ort liegen geblieben. In dem Wagen war die Bezeichnung "Schweden von Hause" kaum noch zu lesen. Sachliche Mitteilungen hierüber zu bitte die Kriminalabteilung.

An 11. d. M. ist einem 12-jährigen Schulmädchen auf dem Wallrichholz von einem unbekannten Mann eine getragene grünbraune Jacke, zweireihig mit goldenen Knöpfen übergeben worden, feste Hemmungen. Darauf aus dem Grundstück Nr. 11 kommen werde, zu verabreden. Hierauf hat sich der Unbekannte nicht nach der Krim. Große zu erkennen. Trotz längeren Wartens kommt das Mädchen diesen Auftrag nicht ausführen, weshalb vermutet wird, daß die Jacke auf unerlaubtes Weise erlangt worden ist. Sachliche Mitteilungen erbetet die Kriminalabteilung Löbau, wobei das Kleinkind aufmerksam zu beobachten ist.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 19. Januar 1909
Sobekalte Westwinde; zunehmende Bewölkung; Temperatur nicht erheblich geändert; Regen oder Schnee in kurzen Abschlägen.

Der Aufbau von Getränkefabriken habe bisher noch keinen Erfolg, scheine aber jetzt in Kamerun zu glücken. — Wichtig für die Kolonien werde auch die Holzausfuhr werden. Die Söhler seien ungemein wertvoll und erzielten die schweren Australischen Hölzer bei der Waggonfabrikation. Auf der diesjährigen Messe in Südwestafrika habe er bereits einen Eisenbahngüterwagen benutzt, der aus Kamerunholz gebaut war. Er hoffe auch, aus den Kreisen der Interessenten die Mittel zu umfassenden Versuchen mit reichlichem Tabakbau zu bekommen. Dann kam Dernburg auf das Schmerzenkind Südwestafrika zu sprechen. Fortwährende Aufstände hätten es dort zu einer regelmäßigen Produktion nicht kommen lassen. Jetzt habe untere Zahl die Führung nicht dem Lande die Ruhe wiedergegeben, und nun würden wir zu einer gerechten Beurteilung kommen können. Schon jetzt ist in den Händen der Weißen mehr Vieh als vor Aufbruch des Aufstands im Jahre 1904. (Woran niemand zweifeln wird, der von den darübergehenden Manipulationen der weissen Händler gehört hat.) Ende des Jahres werde ein Viehbestand im Werte von 20 Mill. M. vorhanden sein. Die ganze Frage Südwestafrika liege nicht auf dem Gebiete der Produktion, sondern des Absatzes und des Arbeitsmarktes. Die Straußenzucht habe in Südwestafrika gute Aussichten, je brauche nur mehr Kapital. Zur Siedlungsucht über hätten sich die großen Finger der Schwarzen bisher wenig geeignet erwiesen.

Weiter hünden sich Spuren von Kupfer und Petroleum in Südwestafrika. In Kamerun verjüngten die zahlreichen Delspuren um so eher Hund, als in den benachbarten Lagos reiche Petroleumquellen seien. Togo weise Spuren von Gold auf. Eine lebhafte Saatfruchtzucht nach Gold herrsche bereits in Tanganika. Man finde in vielen hundert Schätzchen nach Gold, aber was man finden werde, und ob, was man finden wird. Deutschland oder Holland zufallen werde, siehe noch nicht fest. Die Regierung werde jedenfalls durch Schaffung neuer Verkehrswege und Förderung eines tüchtigen eingeborenen Arbeitervstands das Ihrige zur weiteren indirekten Entwicklung unserer Kolonien tun.

Man erzieht ohne weiteres Dernburgs Kolonialhoftumungen bleibend mindestens auf Jahrzehnte hinaus Phantasmagorien um so eher, wenn die ganze Rede durchsetzt von irgendwie, hoffentlich, sobald, vielleicht, möglichstweise, ähnlich wie seinerzeit Lindquist. Zu all dem Skeptizismus, der da und dort durch die Zeilen fließt, muß man bedenken, daß Dernburg wirklich schon oft den guten Willen gezeigt hat, die Allerheilige zu hoffen; daß ihm anfangs seiner Reise die Palmen nur so aus den Dattelpalmen heraus wuchsen. Und keine Dorszentrums trockene Rede hätte zweifellos etwas lebendiger auf manches gähnendes Gesicht gewirkt, wenn er etwas von den ungeheuren Steuersummen erzählt hätte, die bereits aus den Tafeln unserer Steuerzahler in den Sand der Kolonien gestossen sind und noch fließen werden. Oder etwas von den Präsidenten und niedrigen Löhnen, denen die unterdrückten Einwohner noch Auslage verschiedener Missionare unterworfen sind. Nichts von alledem! Dernburgs Rede war ein unverbindliches Gemengel von wahr, aber und hoffentlich. Es soll den Sprengzahlen darüber hinwegzudenken. Dass die Hoffnungen der Kolonialpatrioten, mindestens jenseitig des Südwestafrika bestehen, auf Sand gebaut sind.

Ein Boykott-Prozeß

wurde am Sonnabend vor der 2. Strafsäume des hiesigen Landgerichts als Berufungskammer verhandelt. Der Strafverhältnis ist unseres Wissens schon bekannt. Es handelte sich um mehrere Artikel in der Dresdner Volkszeitung — Stellungsbild vom Streit bei der Wühlenfirma Gebrüder Braune in Döbeln —, die unserem verantwortlichen Redakteur Gnoth Größlich seinerzeit Verfügungen über längere Freiheitsstrafen einbrachten. Dasselbe Schicksal trat mehrere andere Geosse, darunter den Bezirksteiler des Börsenverbands, Genossen Neumann. Die also Bedachten beantragten richterliche Entscheidung. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht am 15. September 1908 wurden mehrere Geosse freigesprochen, bei Größlich und Neumann aber die Freiheitsstrafen in Geldstrafen von 250 bzw. 30 M. umgewandelt. Gegen die letzteren beiden Urteile legten die Staatsanwaltschaft und auch Größlich und Neumann Berufung ein. Bei Eintreten in die Verhandlung erklärte sich der Staatsanwalt bereit, seine Berufung hinsichtlich Größlich zurückzuziehen. Größlich tut dasselbe und das Verfahren wird deshalb infolge eingeschlossen. Neumann soll durch Briefe verschiedene Händler, die Vater von der Firma Gebr. Braune bezogen, aufgefordert haben, nicht mehr bei der Firma Gebr. Braune zu kaufen, bis die Differenzen zwischen dieser und deren Arbeitern beigelegt seien. Es ist nun festgestellt, daß R. diese Briefe weiter verfaßt noch angetragen hat. Seine ganze Tätigkeit bestand darin, daß er gegen zwei Dutzend Arbeitern geschrieben hat, die zum Verhandeln der Briefe berufen wurden. R. befreit, etwas von dem Inhalt der Briefe gewußt zu haben. Er sei am 9. Mai v. J. einem Sonnabend, um kurz Zeit im Bureau gewesen. Am Sonntag hatte er ebenfalls auswärts zu tun. Während dieser Zeit wurden die Briefe von Stahl verfaßt und von Roslagen Neumann, Rost, angetragen. Neumann konnte also von dem Inhalt der Briefe gar keine Kenntnis haben. Das bestätigt auch Rost als Zeuge. Obwohl nun dem Gericht kein anderes Beweismittel gegen Neumann vorlag als einer dieser Briefe, erklärte an Herrn Schönheld, Löbauer Straße 85, dessen Adresse vor der Handkarte R. herab, nahm dem Gericht an, daß er bei seiner Stellung von dem Inhalt des Schreibens Kenntnis gehabt habe. In dieser willkürlichen Annahme ruhte die Verurteilung. Der vertheidigende Rechtsanwalt Göthe forderte die Freisprechung R. und maß zunächst geltend, daß die Verordnung, gegen die R. verfahren haben soll, ungültig ist. Diese Materie sei nämlich schon genügend im Reichsstrafgesetzbuch geregelt. Selbst wenn aber angenommen würde, daß die Verordnung recht bestände, dann könnte die Verhandlung der Briefe keinesfalls als „Verbreitung von Schriften“ und „öffentliche Anäußerung des Publikums“ angesehen werden; dagegen spreche schon die Form der Briefe. Sicherlich müßte R. aber bei der ganzen Sachlage geglaubt werden, daß er seine Kenntnis vom Inhalt der Briefe hatte.

Das Gericht bewarnt beide Berufungen. R. sei für die Abhandlung der Briefe nach § 47 R. Str. G. B. mit verantwortlich zu machen. Er habe im Verhandeln und gewollten Aufnahmeverfahren“ gehandelt. Es liege auch eine „öffentliche Anäußerung des Publikums“ vor, da der Kreis derjenigen, für die die Briefe waren, keineswegs individuell sei. Damit befaßt.

Reaktionen der Wohlfahrtspolizei.

Im vorigen Jahre gab durch die Aufsichtsbeamten der Wohlfahrtspolizei zusammen 1500 Arbeitserbeitsstellen und Fleischcertifikat-hilfliche Einrichtungen der Vorstadtkirchen für die Schlesische und Fleischerkirche in Dresden, der Neukirchens

der Verlauf- und Vertriebsräume sowie des Betriebsgerätes, der Verwendung vorschriftsmäßiger Wagen und Gewichte und der Schloßräume der Gewerbegehilfen revidiert worden. Die Revision ist vorgenommen worden in: 452 Fleischereien, 46 Fleischhandlungen, 24 Fleischmarktsständen, 174 Produkten-

geschäften, 760 Schenkmärkte, 16 Wurstbeschaffungs-, 1 Hundespeisemarkt und 33 Bildhandlungen. Von den erstaunten Anzeigen besagen sich 1 auf ungewöhnlichen Verkaufsraum bei einem Fleischer, 2 auf ungereinigte Betriebsräume bei Fleischern, 1 auf ungerückte Betriebsgeräte bei einem Fleischer, 3 auf Verwendung von Wurstfleisch auch zum Wäschefleisch, 4, einschließlich 3 Fleischereien, auf Verrottungshaltung

oder Aufbewahrung verderbener Fleisch- und Wurstwaren, 4 auf vorschriftswidrige Wagen und Gewichte bei Fleischereien, 5 auf ungenügende Schlossräume für Gehilfen und Lehrlinge bei Fleischern, 36, einschließlich 3 Fleischereien, auf ungenießbare und unzulässige Wurststücke, Schacht- und Räucheranlagen, 3, einschließlich 3 Fleischereien, auf schlechte Beschaffenheit der Arbeitsräume, 1 auf Unvollständigkeit des Schlachthauses und der Stockanlage bei Fleischern und 14 auf Mängel in den Arbeitsbühnen bei Fleischern. Unter entsprechender Verwarnung der Betriebe sind 465 Mängel geringfügiger Art sofort abgestellt worden. Hieron betreffen: 31, einschließlich 15 in Fleischereien, die Reinhalting der Betriebsräume, 162, einschließlich 54 in Fleischereien, die Reinhalting der Betriebsgeräte, 30, einschließlich 16 in Fleischereien, die Reinhalting der Wagen und Gewichte, 43, einschließlich 42 in Fleischereien, die Reinhalting der Fleischtransportwagen, 162 u. i. 6 das Fehlen von Anzeigeberechtigungen zum Schlachten, 51, einschließlich 48 in Fleischereien, die Reinhalting der Schlossräume für Gehilfen und Lehrlinge, das Fehlen des Wurstgeschirres und 49, einschließlich 48 in Fleischereien, kleinere Mängel in den Betriebsräumen. — Im vierten Vierteljahr 1908 sind in 53 Betriebsräumen und Brauereien, die sich mit dem Betriebe von Flaschenbier befassten, 159 Revisionen hinsichtlich der gründlichen Klopfenreinigung und der ordnungsgemäßen Beschaffenheit der dazu benötigten Gräte und Räume durch die wohlhabungs-polizeilichen Auflösungsbeamten vorgenommen worden.

Die dabei in zwei Fällen vorgefundene geringfügige Mängel, die auf entsprechende Erinnerung oder Verwarnung sofort abgestellt wurden, betrafen: in einem Falle Erinnerung des Spülwassers und in einem Falle Reinigung eines unsauberen Betriebsraumes. Anzeigen waren nicht zu erzielen, da grobe Mängel nicht festgestellt werden sind.

Aus den Bezirksoffnissen.

In geheimer Sitzung hat der Bezirksoffnisschulz der Amtshauptmannschaft Dresden, 1. Stadt, eine Anzahl Konzessionen geprüft und erledigt. Es wurden genehmigt die Gesuchs: Höfelsbach in Niederlößnitz Konzession zum Kaminbetrieb in der Fabrik von Höfelsbach, 1. No.; Neumann Stamps in Doborn, Konzession zur Schenkwirtschaft einschließlich des Vermietweinzelhandels sowie zum Ausspannen (Hebertragung) und Ausdehnung der Konzession auf ein Gesellschaftszimmer; der Gruppe Goldene Höhe des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz um Genehmigung zur Veranstaltung eines Vereinstreffens; Bader in Schönau, Konzession zur Schenkwirtschaft einschließlich des Quaintineinschanks (Hebertrungan); der Firma Braune in Tharandt. Genehmigung zur Veranstaltung eines öffentlichen Festessences; Frau Kuster in Tharandt, Abholung öffentlicher Tanzmusik an einem dritten Sonnabend im Sommerhalbjahr; Oskar Schubert in Tharandt, Konzession zum Kaminbetrieb in dem Saalhausbau; Frau Freitag in Niederlößnitz, Abholung öffentlicher Tanzmusik an einem vierten Sonnabend im Sommerhalbjahr. Dagegen wurden abgelehnt die Gesuchs Frieders in Deuben um Ausdehnung der Schankkonzession auf das Billardzimmer und Ziegelsdorf in Niederlößnitz um Konzession zum Betrieb. — Zugestimmt wurde noch der Schäfts-feststellung für den Gemeindewald in Lockwitz, außerdem wurden noch einige Neuerungen erledigt.

Einer feigen Denunziation
scheint ähnlich sich eine Erinnerung, die der Dresdner Anzeiger im Sonntagsblatt über die Wahlrechtswiderstand-Versammlungen machte. Die fragliche Notiz schloß mit den Worten: „Wir möchten nicht untersetzen, unsere Leute hierauf hinzuwenden. Wer nicht mit den Demonstranten auf der einen und mit der Polizei auf der anderen Seite in unliebsame Beziehung kommen will, ist gut, solchen Versammlungen auf dem Wege zu gehen“. Es genügt, diese Rederei mit einem Hinweis auf das bekannte Sprichwort vom Denunzianten tiefer zu hängen.

Zur Straßenbahnenreform.

Wie aus den Planungen des Straßenbahnamtes hervorgeht, wird berücksichtigt, kommenden Sommer die Linie 1 Blasewitz-Blumenstraße durch die Nöthnitzer Straße bis zum Rathausplatz fortzuführen. Dadurch wird die von der Stadt bei der Einverleibung Blumen übernommene Verpflichtung erfüllt, eine Verbindung der Linie 1 mit 15 (Postplatz-Blumen) herzustellen.

Selbstmord.

In der Nacht zum Sonnabend gegen 2 Uhr hat sich in der Nähe der Provinzialstraße in Dresden-Albertstadt ein Mann durch eine Polonaise überfahren lassen. Der Unbekannte erlitt schwerste Verletzungen.

Vom Zug übersehen

ließ sich vergangene Nacht in Werkstatt Blumen der Grenadier Schloßbach aus Kleinnaundorf. Nähtere Mitteilungen über den Selbstmord folgen noch.

Pfänderversteigerung. In der Leipziger Geschäftsstelle zu Dresden-Altdörfen kommen vom 28. bis mit 29. Januar an den Vormittagen von 10 Uhr an verkaufte Pfänder zur Versteigerung. Die Pfänder sind an den Versteigerungstage vormittags von 9 bis 10 Uhr in dem Versteigerungsraum Maternistraße 17, Erdgeschoss, zur Ansicht ausgestellt. Das Verzeichnis der Pfänder wird vom 29. Januar an in der Leipziger Kasse für 30 Pf. abgegeben.

Adressbuch. Nachdem die Wahlen der Mitglieder des Vorstandes und der ständigen Ausschüsse des Stadtverordnetenkollegiums für das laufende Jahr vorgenommen worden sind, so nunmehr auch das Ergänzungsblatt zur Seite 55 des II. Teiles des Adressbuches erschienen und kann bei der Schriftstellung des

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 19. Januar 1909

Subkalte Westwinde; zunehmende Bewölkung; Temperatur nicht

erheblich geändert; Regen oder Schnee in kurzen Abschlägen.

Deutscher Reichstag.

150. Sitzung. Sonnabend den 18. Januar, vormittags 11 Uhr.

Zur Ministerische: v. Weihmann-Höllriegel.

Fortsetzung der Debatte über den Entwurf, betreffend Arbeitsschutzgesetze.

Abg. Höftel (Reichsp.): Wir halten den Entwurf für eine ge-
eignete Grundlage. Allerdings sollte er die Handlungsfähigkeit von
den Arbeitersammern ausdehnen. Dass die Handlungsfähigkeit, die
ja ganz andere Interessen als die Arbeiter haben, bereits in der
Vorlage ausgeschlossen sind, billigen wir. Die Einstände des Unter-
nehmerverbands sind zum Teil berechtigt, aber wir wollen
dennoch an der Überprüfung der Gegenrede mitarbeiten. Auch die
Sozialdemokraten sollen sich dieser Arbeit anschließen und das Gute
übernehmen.

Abg. Behrens (wirthl. Vereinig.): Die Einmütigkeit des
Hauses ist auch draußen im Lande zu finden. Daran ändern weder
der Widerspruch der Unternehmer etwas, noch der Schwunzengang,
den Herr Legion gossen den Arbeitersammern gewidmet hat. Die
Sozialdemokratie vertritt doch nur einen Teil der deutschen Ar-
beiterschaft und ist zum Schluss nicht ausschlaggebend. Im Westen
sind die christlichen Arbeiterverbände gleich stark, und diese haben
ihren Standpunkt nicht gewechselt, sie stehen noch wie vor auf dem
Standpunkt paritätischer Rämmern. Arbeitersammern würden
gerade den Unternehmern willkommen sein, um die Bedeutung der
Gewerkschaften herabzudrücken. Solche Rämmern dienen also nicht,
wie Legion meint, dem Interesse der Arbeiter. Es ist von hoher
Wichtigkeit, eine Institution zu schaffen, bei der Arbeitgeber und
Arbeiter gemeinsam am runden Tisch zusammenarbeiten. Auch die
christlich-Demokratischen Arbeiter sind für paritätische Arbeitersammern,
die ergebnisreich auf Unternehmer und Arbeiter wirken werden. Die
Gefahr der Abregierung, von der Herr Legion sprach, besteht. Das
spricht aber nicht gegen die Arbeitersammern, sondern nur gegen die
Dienstleistungen der Verhandlungen. Warum die staatlichen Eisen-
bahnerarbeiter und die der Heeres- und Marineverwaltung einge-
schlossen sind, ist nicht einzusehen. Auch müssen Arbeitersammeln
möglich sein. (Bravo! bei der wirthl. Vereinigung.)

Abg. Auerkötli (Soz.): Wir begrüßen die Vorlage mit ge-
wissen Gefüßen. Wir verlangen Arbeitersammern. Es ist
nicht einzusehen, warum man den Arbeitern nicht das gleiche ge-
macht, wie dem Handwerk, dem Handel, der Handelswirtschaft. Das
Wort vom sozialen Frieden klingt sehr schön. Es bleibt aber nichts
als ein schönes Wort, solange der Arbeiterschaft das Objekt gewissenschaf-
ter Anwendung ist. (Aufforderung bei den Soz.) Man braucht nicht
Sozialdemokrat zu sein, um zu erkennen, dass die Arbeiterschaft die
ihre zukommende Macht noch nicht hat, und um zu wünschen, dass sie
sie bekommt. Ich verstehe nicht, wie Herr Behrens, ein Arbeiterschär-
fere, sagen kann, der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und
christlichen Arbeitern besteht darin, dass die christlichen nicht wünschen,
dass die Arbeiterschaft die ihr zukommende Macht eingeräumt wird.
(Sehr wohl! bei den Soz.) Freilich, Herr Behrens hat ja auch für
den lausigen Sprachenparagrafen gestimmt.

Geben Sie den Arbeitern, was Sie den anderen Ständen ge-
geben haben! Schaffen Sie Arbeitersammern! (Bravo! bei den
Soz. und Soz.)

Abg. Dr. Pöhlhoff (frei. Vereinig.): Ich freue mich über den
Entwurf, den der Herr Staatssekretär den Gewerkschaften gesollt hat,
und erwarte nun, dass er auch auf die Befreiung der Schiffern
und Hafenmärschen hindeutet, die den Gewerkschaften immer wieder
in den Weg gelegt werden. (Sehr gut! b. b. Soz.) Neue Arbeitersam-
mern sind heute nicht möglich. Auch genügen die Gewerkschaften
für die Zwecke jüngerer Rämmern. Neben leichter Einzelheiten des
Entwurfs, verlangt die Herauslegung der Wahlbarkeit auf das
25. Lebensjahr sowie Einbeziehung auch der Angestellten der der
Generalordnung nicht unterschätzten Berufe. Gerade die Rechts-
anwaltschaft haben sich in unberechtigter Bildhübschheit ihren Ange-
stellten gegenüber auf den Herrenstandpunkt gestellt. Unberichtiglich
ist die Herausnahme des Handelsgewerbes, der darin beschäftigten
Gehilfen und Arbeiter. Es handelt sich hierbei um 450.000 Personen.
Wir werden in der Kommission an dem Entwurf weiterarbeiten und
erhoffen von ihm Förderung des sozialen Friedens. (Bravo! bei den
Freienjüngern.)

Abg. Gießelberg (Sente.): Ich durch den Gesekenturf und mehr
noch durch die freundliche Ausnahme, die er im Gegenfot auf drausen
im Hause gefunden habe, angenehm enttäuscht. Allzuüberzeugungswi-
senschaftungen dürfe man allerdings auf die Arbeitersammern nicht legen.
Mut die gemilderte Stellung des Sozials zu den Gewerkschafts-
bewegung hinzuweisen, meint Redner, die wirtschaftlichen Kämpfe
hätten längst an Schärfe verloren, wenn man paritätische Rämmern
früher demütl hätt. Paratitisch als die Sozialdemokraten betreiben
gewisse Großindustrie den Kläffentanz. Auf den einen Seite
mögen wie die Schaffmacher des Zentralverbandes energisch zurück-
weisen, anderseits bedauern, dass Herr Legion, der Führer der freien
Gewerkschaften, sich hier als unbedingter Gegner des General-
streikes und Anhänger des sozialistischen Parteiostates hinstellt.
(Sehr richtig! im Rent. und bei den Frei.) Neue Arbeitersammern
sind nicht prinzipiell zu verwerten, aber paritätische Arbeitersammern
verhindern den Verguss. Die große Minorität auf dem Sozialen Ge-
werkschaftsfront gelassen mit den auf den christlich-nationalen
Arbeiterkongressen vertretenen Arbeitern ergibt über eine Million
Stimmen für Arbeitersammern gegen 700.000 Stimmen für Arbeiter-
sammern. (Leb. Hört, hört im Sente.) Hoffentlich kommt es zur
Einbeziehung der Arme- und Eisenbahnarbeiter. In bezug auf
Bildhübschkeit der Gewerkschaftsbeamten ist dem Kollegen Legion zu-
zuhören. Wir hoffen auf Annahme des in der Kommission ver-
feinerten Entwurfs mit großer Mehrheit, vielleicht sogar mit Ein-
stimmung der Sozialdemokratie. (Leb. Wettfall im Rent.)

Abg. Seevering (Soz.): Wenn Herr Gießelberg anhören wollte,
dass die Befreiung meines Kollegen Legion, ein Auskleider der Inter-
essen sei in der gegenwärtigen Gesellschaftsbildung möglich, ein Ab-
hängigkeitsverhältnis der Gewerkschaftsbeamten zur sozialdemokratischen
Partei bedeutet, so muss ich eine beratige Unterstellung nachdrücklich
widerrufen. Wenn wir die Unmöglichkeit dieses Bildes seien, so
sollen wir uns in keinen Gegenat zu den gewerkschaftlichen Grundlagen.
Gießel bei aller Anerkennung des großen Wertes des Käffentanzes haben
wie ich seien, dass für die Gewerkschaften einen Westenbildung bedeuten.
Ich bedaure, dass Herr Gießelberg dieses erste Befreiung zu kleinlichen
partizipatorischen Erörterungen benutzt. Der Herr Staatssekretär hat
bedauert, dass keine Vertreter der Großindustrie im Reichstag sind.
Wir haben aber eine ganze Anzahl, und wenn ich an das Wort des
Herrn v. Böckeler denke: "Meine Herren! wir arbeiten ja nur für
Sie!" so wäre ja auch der ganze Bundesrat eine Vertretung der Groß-
industrie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin kein prin-
zipieller Gegner der Arbeitersammern und habe in Köln dafür gestimmt.
Wir wollen unsre Einzelbedingung lediglich davon abhängen, was das
Gesetz alle. Ich die Täglichkeit der Rämmern in der Hauptstadt eine
ausdrückliche, so sind wir für Arbeitersammern. Gießel die Täglichkeit aber
eine verhältnismäßigste sein und den Rämmern Spezialgewalt
gegeben werden, so traten wir für Arbeitersammern ein, weil
dann für den gewerkschaftlichen Frieden in der Tat etwas erreicht werden kann.
Der vorliegende Entwurf weist aber nicht auf, was uns für solche
Arbeitersammern erfordern könnte. Der notwendige Übereinkunft der Arbeitersam-
mern fehlt, eben den die Beliebung der Arbeitersammern schwierig
ist. Das die Gewerkschaften die Aufgaben der Arbeitersammern erfüllen
können, wie der Staatssekretär meinte, wäre richtig, wenn die Arbeitersam-
mungen von der Regierung und den Unternehmern anerkannt
würden. Der Herr Staatssekretär hat allerdings einmal eine Arbeitersam-
mung empfohlen, weil der Abgeordnete Behrens darunter war.
Wir haben keine Befreiung, um so auszubauen. Die Regierung
muss mit der Anerkennung der Gewerkschaften vorangehen. (Leb. Au-
fiummung b. d. Soz.) Von der angeblichen immer wieder und sich
erneuernden Differenzierung der Arbeiter ist mir bei fortwährender
Bearbeitung nichts bekannt geworden. Es tritt im Gegenat
durch die größere Arbeitsteilung eine immer größere Rivalisierung
hervor. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Über dies angebliche

Differenzierung würde noch nicht die tatsächliche Gliederung begründen.
Die territoriale Gliederung braucht sich doch nicht einzeln auf den
Gegenat wölflicher Arbeitgeber und Arbeitern aufzubauen, vielmehr einzeln
und allein auf das Betreiben der Arbeiterversetze, die Interessen der Arbeiters
zu fördern. Das vom Staatssekretär betonte Zusammengehörigkeits-
gefühl und Solidaritätsgeist wird am besten in territorial ge-
gliederten Rämmern erreicht.

Wenn die Regierung den gewerblichen Frieden fördern will, warum
hat sie dann niemals einen Gesetzesentwurf zur Förderung der Tarif-
vereinigungen eingereicht? Die Marineverwaltung hat noch nie der For-
derung nachgegeben, die hier mehrmals laut wurde. Sicherungen nur an
tarifreichen Firmen zu vergeben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)
Herr Behrens beharrt darin, dass wir nichts dagegen haben,
dass Arbeiters und Unternehmer zusammenkommen. Die Ansicht
aber, dass die Rämmern, wie sie hier geplant werden, im
Sinne des gewerblichen Friedens geschaffen werden, ist falsch.
Die holländischen Arbeitersammern, an welche der Entwurf sich anlehnt,
haben vollständig verloren, weil ihre Befreiung nur eine gesetzliche ist.
Die Regierung meint wohl ganz einfach, es wird ein Vorstossen
durchsetzen, und dieser hat den gewerblichen Frieden hergestellt.

Neben die Einzelheiten werden wir uns in der Kommission unter-
halten. Wir können nicht für besondere Rämmern für Handlungsfähig-
keiten stimmen, eher für besondere Abteilungen an den Arbeitersammern:
für Handlungsfähigkeiten für technische Angestellte und für Handelsgewerbe-
treibende. Wir verlangen auch die Einbeziehung der Arbeiter der
Heeresverwaltung und mit aller Eindeutigkeit auch der Verkehrs-
arbeiter, denen man bei jeder Gelegenheit das Staatsrecht verleiht.
Gleichfalls verlangen wir die Einbeziehung der anderen Arbeiter, die
von der Gewerbeordnung ausgenommen sind, des Kindes und der
jur. Dienstes gehörenden. Auch müssen Arbeitersammeln
die ergebnisreiche auf Unternehmer und Arbeiter wirken werden. Die
Gefahr der Abregierung, von der Herr Legion sprach, besteht. Das
spricht aber nicht gegen die Arbeitersammern, sondern nur gegen die
Dienstleistungen der Verhandlungen. Warum die staatlichen Eisen-
bahnerarbeiter und die der Heeres- und Marineverwaltung einge-
schlossen sind, ist nicht einzusehen. Auch müssen Arbeitersammeln
möglich sein. (Sehr wohl! bei der wirthl. Vereinigung.)

Abg. Auerkötli (Soz.): Wir begrüßen die Vorlage mit ge-
wissen Gefüßen. Wir verlangen Arbeitersammern. Es ist von hoher
Wichtigkeit, eine Institution zu schaffen, bei der Arbeitgeber und
Arbeiter gemeinsam am runden Tisch zusammenarbeiten. Auch die
christlich-Demokratischen Arbeiter sind für paritätische Arbeitersammern,
die ergebnisreich auf Unternehmer und Arbeiter wirken werden. Die
Gefahr der Abregierung, von der Herr Legion sprach, besteht. Das
spricht aber nicht gegen die Arbeitersammern, sondern nur gegen die
Dienstleistungen der Verhandlungen. Warum die staatlichen Eisen-
bahnerarbeiter und die der Heeres- und Marineverwaltung einge-
schlossen sind, ist nicht einzusehen. Auch müssen Arbeitersammeln
möglich sein. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pöhlhoff (Soz.): Das Gesetz geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.
Präsident Graf Stolberg will mit, dass der Abg. Dr. Ruegen-
berg (Genr.) verhindert wird. Die Abgeordneten erheben sich von den
Sitzplätzen. — Sitzung Montag 1 Uhr: Zweite Beratung des Justiz-
ausschusses. — Schluß 3 Uhr.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der "Rückgang der Gewerkschaften" und der Dresdner Amtesleiter.

Die Tatsache, dass bei der grimmigen Krise auch die modernen
Gewerkschaften einige tausend Mitglieder eingebüßt haben, ist
natürlich bei allen Arbeitersammern hümliche Freude aus, obgleich die
sogenannten ordnungserhaltenden Gewerkschaften, Kirche usw., im
Verhältnis zu ihrer geringen Mitgliedschaft überhaupt ganz un-
heure Verluste erlitten. Bei den Absegnissen der Gewerkschaften
ist der Verlust gewölmlich minimal," sagt das Korrespondenzblatt am
Schluß einer Befürchtung, "aber er stellt gleichwohl eine recht
bedeutende Erholung dar!" Diese durchaus einleuchtende und fühlbare
Betrachtung der Sachlage bestreift nun das Dresdner Blatt zu
folgendem Freudenheul rechte Unruhe:

"Mit dieser Bemerkung hat das Organ der Generalkommission
unstrittbar recht. Denn wenn sich auch der Rückgang von rund
1% v. der Gesamtmitgliedschaft unstrittbar ausnimmt, so gewinnt
er an Bedeutung angesichts der mit allen Mitteln der Überredung
und des Zwanges betriebenen Propaganda. Auf dem Gebiete der
Agitation dürfte also kein Verschulden zu finden sein. Das Korre-
spondenzblatt mögt denn auch den wirtschaftlichen Rückgang die
Haupthand zu. Das mag zum Teil richtig sein, kann aber allein
nicht das Mißvergnügen erklären, das in den Mitgliedsverlusten
zum Ausdruck kommt. Alles und für sich mügten doch in schlechten
Zeiten die Gewerkschaftsmitglieder noch kräftiger sich an die Ver-
bündeten gefestigt fühlen als in guten Zeiten, namentlich da die
Organisationen, die es auf eine Jahreszeitnahme von insgesamt
über 50 Millionen und auf einen Vermögensstand von über
22 Millionen Mark gebracht haben, ihren Mitgliedern rechtliche
Unterstützung gewähren können. Das Korrespondenzblatt prahl-
t damit, dass die Gewerkschaftsverbände im Jahre 1908 insgesamt
einen 10 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung vertrieben
hatten. Das ist ganz reziproker, aber nicht mehr als der fünfte
Teil der Gesamtsummen und sogar geringer als die Unterstüt-
zung, die den zufälligen Revolutionären von deutscher gewerkschaftlicher
und sozialdemokratischer Seite zugewendet worden ist. Derlei einfache Rechenvempel machen auch die Gewerkschafts-
mitglieder. Sie sollen im Vergleich dazu sehn, dass die Mitglieds-
beiträge im Laufe des letzten Jahres in unheimlichem Maße
gesteigert worden sind. In der Übung ist die heutige hierüber
liegt der eigentliche und berechtigte Grund für die begonnene Flucht
aus den Gewerkschaften."

Aufrichtig müssen wir in den Freudentheul des Blattes
einige Wermutstropfen gießen. Wie durch die von uns füriglich ab-
gebrachte Richtstellung des Bauarbeiter-Verbandes nachgewiesen ist,
kann von einem Mitgliedsverlust eigentlich gar nicht gesprochen
werden, da nur der Durchschnitt der Mitgliedschaft für die Auf-
stellung der Mitgliedschaft benutzt wird. Da aber die Monate De-
zember und Januar beitragsfrei bleiben und im Winter notorisch
die meisten Bauarbeiter arbeitslos sind, so scheint hierdurch die Mit-
gliedszahl getingen, als es in Wirklichkeit ist. Aber auch
abgesehen davon ist der Rückgang nichts weniger als dem Mit-
gliedsverlust über die hohen Beiträge zusuzuschreiben, als der großen
Arbeitslosigkeit, die wiederum eine Folge der vom Anzeiger mit
Zähnen und Klauen verfeindigten herkömmlichen kapitalistischen Gesell-
schaftsordnung und ihrer regellosen anarachistischen Produktionsweise ist.

Wenn übrigens nicht die starken freien Gewerkschaften mit
ihren gutausgebauten Unterstützungsseinrichtungen bestanden, dann
könnten der vereinfachte Rat von Dresden und noch manche anderen
Honoraalen ihr blaues Wunder erleben in solchen Zeiten der Krise.

Wie brauchen wohl nicht deutlich zu werden. Von gewerkschaft-
lichen Dingen scheint man übrigens in der Redaktion des Anzeigers
so viel zu verstehen wie ein gewisses Langohriges Tier vom Rauten-
schlagen.

Muß der Umgang.

Wie die Arbeitgeber die Arbeiterschutzbestimmungen umgehen!

Dafür lieferte eine Gerichtsverhandlung vor dem Meißner
Staatsgericht einen drastischen Beweis. Die Steinbruchsarbeiter
und Schlosser Sch. aus Leubnitz und Sch. aus Dörra sowie der
Steinbruchsarbeiter L. aus Niederlößnitz hatten entgegen
der gesetzlichen Bestimmungen Frauen mit dem Transport
und Verladen von Steinen und Kieslasten beschäftigt. Jeder Angeklagte
hatte deshalb eine Strafverfügung zu 20 M. zugestellt
bekommen, gegen welche sie gerichtliche Entscheidung beantragten.
Die Angeklagten gaben zu ihrer Nachprüfung an, dass die Frauen
nicht im Steinbruchsbetrieb beschäftigt sind, vielmehr gebe ihre Be-
schäftigung auf Kosten der Elbstadt. Die Steuerleute, die die
Schiffsführer erhielten eine Bezahlsumme, für welche sie alle auf
der Krise verursachten Kosten zu bezahlen hätten, dazu gehörte auch
das Ein- und Ausladen des Schiffes; diesen (den Angeklagten)
ginge das nichts an, die Steuerleute hätten die Leute anzuwerben und
abzulohnen, letztere reden dann wieder am Ende der Krise
mit den Steuerleuten ab. Mit dem Steinbruchsarbeiter habe also
der Verladen nichts zu tun, auch würde dasselbe als zur Schiffsführer
gedenkt bestens gebucht. Diese Einrichtung bestehet schon immer
so. Die Frauen sind gegen Unfälle auch nicht in der Stein-
brücke, sondern in der Elbstadt beschäftigt. Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung der Angeklagten und
führte aus, dass die Einrichtung und die Buchführung eine willkür-
liche sei, die Soche bliebe dieselbe und könne das Gesetz unmöglich

auf diese Weise durch die Angeklagten umgehen werden; zum
mindesten aber wären die beiden ersten Angeklagten Sch. und A.
zu bestrafen, die gleichzeitig Steinbruchsarbeiter und Schiffsführer
sind. Die Angeklagten stellen die Arbeit als ungünstlich hin,
indem Frauen doch auch im Betrieb usw. beschäftigt würden,
gleichzeitig preisen dieselben die gute Entlohnung. Die Frauen
erhalten für diese schwere Arbeit einen Lohn von 20 Pf. die Stunde.
Mit Ausnahme eines Angeklagten, der ein Einkommen von 4000 M.
angibt, weigern sich die anderen, auch die in der nächsten Straf-
sache, die Einkommen anzugeben. Die Angeklagten wurden kostlos
verhandelt. (11) — Ferner waren wegen Gewerbevergehens die
Steinbruchsarbeiter L. aus Dörra und Sch. aus Leubnitz sowie die
Steinbruchsarbeiterin L. aus Niederlößnitz angeschlagen. In dieser Straf-
sache lag bereits ein Drittel des Überlaufs.

Neben die Einzelheiten werden wir uns in der Kommission unter-
halten. Wir können nicht für besondere Rämmern für Handlungsfähig-
keiten stimmen, eher für besondere Abteilungen an den Arbeitersammern:
für Handlungsfähigkeiten für technische Angestellte und für Handelsgewerbe-
treibende. Wir verlangen auch die Einbeziehung der Arbeiter der
Heeresverwaltung und mit aller Eindeutigkeit auch der Verkehrs-
arbeiter, denen man bei jeder Gelegenheit das Staatsrecht verleiht.
Gleichfalls verlangen wir die Einbeziehung der anderen Arbeiter, die
von der Gewerbeordnung ausgenommen sind, des Kindes und der
jur. Dienstes gehörenden. Auch müssen Arbeitersammeln
die ergebnisreiche auf Unternehmer und Arbeiter wirken werden. Die
Gefahr der Abregierung, von der Herr Legion sprach, besteht. Das
spricht aber nicht gegen die Arbeitersammern, sondern nur gegen die
Dienstleistungen der Verhandlungen. Warum die staatlichen Eisen-
bahnerarbeiter und die der Heeres- und Marineverwaltung einge-
schlossen sind, ist nicht einzusehen. Auch müssen Arbeitersammeln
möglich sein. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Anland.

Beendete Auswertung.

Die Auswertung in den Gewerkschaftsbüros in Weißwasser in
Schlesien, von der sich 900 Arbeitern und Arbeitersinnen betroffen waren,
ist beendet. Die Arbeitern wünschen in den Abenden eines Tages, der
für dieses Jahr Gültigkeit hat, und wonach bis 30. Juni eine Volks-
reduktion von 7½ Prozent und von da an bis 31. Dezember eine Volks-
reduktion von 5 Prozent eintritt. Unfähiglich forderten die Unternehmer
eine Volksreduktion von 15 Prozent. Der Versammlung, in der die Aus-
schreitungen dem Tages zustimmen, wohnten auch die Unternehmer bei.
Einer von ihnen bezeichnete die Lage der Glasindustrie als eine
traurige. Die Unternehmer werden Montag wieder geschnitten.

Et. Militarismus kennt keine Kriege.

Es ist für den Militarismus Deutschland außerordentlich charak-
teristisch, wenn man feststellen muss, dass die Waffen- und Munitions-
fabriken die einzigen Unternehmungen sind, welche nicht unter der
Kriegsgefahr.

Die Karlsruher Waffen- und Munitionsfabrik hat in letzter Zeit
Remeinstellungen von Arbeitern vornehmen müssen, um die erhaltenen
größeren Aufträge bearbeiten zu können.

So erstaunt es ist, wenn in der gegenwärtigen, schlechten
Wirtschaftskonjunktur noch Proletarier beschäftigt werden.
So erstaunt ist, dass die Ausgaben für unter geübtes Standardarbeiten
soviel sind und diese Ausgaben für unter geübtes Standardarbeiten
soviel sind und diese Ausgaben für unter geübtes Standardarbeiten
soviel sind und diese Ausgaben für unter geübtes Standardarbeiten
so

